

Unterrichtung

durch die deutsche Delegation in der Versammlung der Westeuropäischen Union

über den 1. Teil der 31. ordentlichen Sitzungsperiode der Versammlung der Westeuropäischen Union vom 20. bis 23. Mai 1985 in Paris

Während der Mai-Tagung erörterte die Versammlung der Westeuropäischen Union Berichte, behandelte die üblichen geschäftsordnungsmäßigen Vorgänge und verabschiedete Beschlüsse, die sich mit folgenden Themen befaßten:

Politische Fragen

- Die Ost-West-Beziehungen zehn Jahre nach der Unterzeichnung der Schlußakte von Helsinki. Empfehlung 417 (S. 8)
Hierzu sprachen die Abg. Haase (Fürth) (S. 3), Dr. Müller (S. 4), Kittelmann (S. 6).
- Zypern und die europäische Sicherheit. Empfehlung 418 (S. 10).
- Neue Perspektiven für die WEU (s. Bericht des Rates der WEU).
- Die Lage im Libanon. Empfehlung 422 (S. 25).
- Ansprache des britischen Staatsministers für Auswärtiges und Commonwealth Angelegenheiten, Baroness Young.
Hierzu stellte eine Frage Abg. Dr. Scheer (S. 9).

Bericht des Rates der WEU

- 30. Jahresbericht des Rates der WEU, vorgelegt von dem amtierenden Vorsitzenden des Rates, Außenminister Hans-Dietrich Genscher (Bundesrepublik Deutschland).
Hierzu stellten Fragen die Abg. Dr. Freiherr Spies von Bülesheim (S. 24), Frau Kelly (S. 24), Dr. Enders (S. 25).
- Die militärische Nutzung von Computern — Antwort auf den 30. Jahresbericht des Rates. Empfehlung 419 (S. 10).
- Neue Perspektiven für die WEU — Antwort auf den 30. Jahresbericht des Rates. Empfehlung 420 (S. 18).

Die Anwendung des Brüsseler Vertrages — Antwort auf den 30. Jahresbericht des Rates. Empfehlung 421 (S. 18).

Hierzu sprachen die Abg. Dr. Scheer (S. 11), Frau Kelly (S. 13), Dr. Müller (S. 15), Antretter (S. 16).

Verteidigung

- Die Anwendung des Brüsseler Vertrages (s. Bericht des Rates der WEU).
- Der Stand der europäischen Sicherheit — Bereich Europa Mitte. Empfehlung 423 (S. 26).

Wissenschaft, Technologie und Raumfahrt

- Die militärische Nutzung von Computern (s. Bericht des Rates der WEU).

Geschäftsordnung

- Revision und Interpretation der Geschäftsordnung. EntschlieÙung 70.
Hierzu sprach Abg. Schulte (Unna) (S. 25).

Beziehungen zu den Parlamenten

- Tätigkeitsbericht des Ausschusses für die Beziehungen zu den Parlamenten — Die Aussprachen in den Parlamenten über die Entwicklung der WEU.

Die Reden der deutschen Abgeordneten sind nachstehend im Wortlaut abgedruckt.

Der französische Abg. Jean-Marie Caro wurde von der Versammlung zum Präsidenten gewählt.

Abg. Reddemann (CDU/CSU) wurde als deutscher Vizepräsident gewählt. Abg. Lenzer (CDU/CSU) wurde zum Vorsitzenden des Ausschusses für Wissenschaft, Technologie und Raumfahrt, Abg. Schulte (Unna) (SPD) zum Vorsitzenden des Geschäftsordnungsausschusses, Abg. Haase (Fürth) (SPD) zum stellvertretenden Vorsitzenden des Haushaltsausschusses, Abg. Kittelmann (CDU/CSU) zum zweiten stellvertretenden Vorsitzenden des Verteidigungsausschusses und Abg. Dr. Enders (SPD) zum zweiten stellvertretenden Vorsitzenden des Ausschusses für die Beziehungen zu den Parlamenten gewählt.

Bonn, den 17. Juni 1985

Dr. Karl Ahrens

Sprecher

Wilfried Böhm (Melsungen)

Stellvertretender Sprecher

Montag, 20. Mai 1985

Tagesordnungspunkt:

Tätigkeitsbericht des Präsidialausschusses

(Drucksache 1017)

Berichterstatter: Abg. Ferrari Aggradi (Italien)

(Themen: Begründung dieses neuen Berichtsthemas; Reform der WEU; Begegnungen des Präsidialausschusses mit dem Rat; der Ausschuß für die Beziehungen zum Rat; SDI; Parlamentarische Beobachter bei Sitzungen der Versammlung der WEU; der Haushalt der Versammlung angesichts der Reform der WEU)

Dienstag, 21. Mai 1985

Tagesordnungspunkt:

Die Ost-West-Beziehungen zehn Jahre nach der Unterzeichnung der Schlußakte von Helsinki

(Drucksache 1013)

Berichterstatter:

Abg. Haase (Fürth) (Bundesrepublik Deutschland)

Haase (Fürth) (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Verehrte Kollegen! Der Bericht, der Ihnen vorliegt, veranlaßt mich zu einigen Bemerkungen, die ich hier darstellen will, ohne daß ich auf das Ganze im Bericht eingehen kann. Ich will aber vorausschicken, daß meiner Meinung nach drei Punkte wichtig sind, noch einmal in die Erinnerung der Öffentlichkeit gerückt zu werden, nämlich daß der Bericht ein Anlaß ist für die Versammlung, sich in der Öffentlichkeit zu einem so wichtigen Thema zu äußern, erstens vor dem Hintergrund der Deklaration von Rom, die ja der Versammlung eine erheblich größere Bedeutung gibt, zweitens vor dem Hintergrund, daß sich am 1. August dieses Jahres zum zehnten Male der Tag jährt, an dem die **KSZE-Schlußakte in Helsinki** verabschiedet wurde, und schließlich auch vor dem Hintergrund, der sich aus der Verabschiedung der Verlängerung des Warschauer Paktes ergibt. Wenn die Welt im ökonomischen, sozialen und militärischen Gleichgewicht gehalten werden soll, braucht der Westen eine innere Kohäsion zwischen erstens den europäischen Verbündeten, zweitens ein enges Vertrauensverhältnis zu den Vereinigten Staaten, dann braucht der Westen eine gemeinsame Strategie, ich sage bewußt: gemeinsame Strategie gegenüber dem sowjetischen Expansionismus, dann braucht der Westen ein zusammenhängendes Konzept zur weiteren eigenen

wirtschaftlichen Entwicklung. Gerade bei der Betrachtung der Anstrengungen im Rahmen der KSZE ist die Solidarität Westeuropas mit den Vereinigten Staaten in den letzten Jahren durchaus erfolgreich gewesen.

Welche Ziele sollten nun mit dieser Entschließung angestrebt werden? Im politischen Bereich sollten wir versuchen, insbesondere folgendem Gedanken Geltung zu verschaffen: die **Einhaltung der Menschenrechte**. Hierzu habe ich im Bericht in den Ziffern 5, 78, 85 und 87 im einzelnen Stellung genommen. Ich will aber ausdrücklich noch zwei Bemerkungen hinzufügen. Die Schwierigkeiten, die die Sowjetunion bei der Ausreise sowjetischer Juden macht, muß als eklatanter Verstoß gegen den Korb 3 der KSZE-Schlußakte gewertet werden. Das gleiche gilt für das Ausreiseverlangen anderer Personengruppen, z. B. auch der deutscher Nationalität in osteuropäischen Ländern. Die Sowjetunion und die polnische Regierung müssen wissen, daß wir die Bedrückung polnischer Gewerkschafter, polnischer Priester und Gläubigen stets als einen Prüfstein von Fortschritten im Rahmen der KSZE-Menschenrechtsverpflichtungen ansehen werden.

Ich will auch die positiven Aspekte nicht verschweigen. Dazu zähle ich z. B. den Prozeß gegen Mörder des Geistlichen Popieluszko oder aber auch die verbesserten Reisemöglichkeiten z. B. der Ungarn, Tschechen und Polen und hoffentlich auch bald vieler Bürger in der DDR. Ohne die KSZE wäre auch ein solcher begrenzter Fortschritt nicht erreichbar gewesen.

Ich meine, es geht auch — das ist für den politischen Bereich dieses Berichts besonders hervorzuheben — um die Gleichberechtigung und Selbstbestimmung der Völker. Dies gilt auch für die Deutschen. Ich sage das hier als sozialdemokratischer Abgeordneter in Anbetracht der Diskussion über die Änderungen der Bestimmungen in der Präambel des deutschen Grundgesetzes. Ich meine, nach wie vor gilt, daß alle Völker das Recht haben, darüber zu entscheiden, wie sie in Zukunft leben wollen und ob sie zusammenleben wollen. Dieses ist eine ganz wichtige Bestimmung in der Schlußakte von Helsinki gewesen. Wir sollten sie deutlich in Erinnerung rufen.

Im wirtschaftspolitischen Bereich sollte sich die WEU auch deutlich artikulieren. Ich glaube, daß dies nach den Vertragsbestimmungen möglich ist und daß dies zur Entspannung beiträgt. Dies ist auch ein Beitrag zur besseren Verständigung zwischen den Völkern.

Hier meine ich, daß sich die Europäer stark machen müssen für einen stärkeren **Handelsaustausch auch zwischen den Blöcken**. Dies ist eine politische Frage, und unsere Auffassung, die europäische Auffassung dazu, sollte auch gegenüber unseren amerikanischen Freunden und Verbündeten deutlich ausgedrückt werden. Ich meine auch, daß es ein wichti-

ger Punkt ist— ich habe das hier noch einmal in der Formulierung vor mir und will es deutlich wiederholen —, es soll Einvernehmen erzielt werden mit den USA über eine europäische Beteiligung in der wissenschaftlichen Erforschung des Weltraums. Das ist nicht unbedingt eine Aussage über SDI. Dieses sage ich dazu. Ich möchte aber mit einem Punkt beginnen, der mir jedenfalls in den letzten 14 Tagen besonders deutlich geworden ist. Meine Bitte an die französischen Freunde ist, daß sie — und hier spricht ein deutscher Sozialdemokrat — kein Mißtrauen und keine Verärgerung hegen müssen und wollen, die sich eventuell aus politischen Mißverständnissen in diesem Zusammenhang ergeben könnten. Die deutschen Parlamentarier wollen in erster Linie die europäische Zusammenarbeit. Meine Formulierung, wie sie in der Entschließung steht, soll die politische Priorität in diesem Forschungsbereich signalisieren. Das heißt, dies ist eine europäische Priorität. Die Formulierung müßte natürlich angefüllt und ausgefüllt werden, aber dieses ist nicht Aufgabe des Berichts, es ist jedoch, wie ich glaube, richtig, in diesem Zusammenhang darauf hinzuweisen.

Noch ein Wort zur **Rüstungskooperation mit den USA**. Die Notwendigkeit der Stärkung der westlichen Allianz beinhaltet rüstungspolitisch die Kooperation zwischen den USA und Westeuropa, d. h. Rüstungsgüter müssen in Arbeitsteilung zwischen den USA und Westeuropa für den Gesamtbedarf der Allianz hergestellt werden. Das Bündnis soll dabei auch zu einer gemeinsam getragenen Entwicklung und Forschung für ausschließlich defensive Waffensysteme kommen. Dies bezieht sich sowohl auf den konventionellen Bereich — hier meine ich z. B. intelligente Geschosse — wie auf den Bereich der Forschung. Von Anfang an muß dabei das politische Ziel gewahrt bleiben, daß die Systeme die Sicherung Europas vor regional begrenzten Angriffen ebenso wie im nuklearen Bereich durch den Schirm herbeiführen, den die USA über Europa ausbreiten.

Die WEU sollte sich, entsprechend ihrem Abrüstungsauftrag, an dieser Diskussion beteiligen. Der politische Ausschuß sollte anläßlich seines Amerika-Besuchs hierzu ausdrücklich weitere Gespräche führen und Informationen einholen, so daß wir auch unseren amerikanischen Freunden unsere Position deutlich machen können.

Ein neues Feld scheint sich mir im Bereich des Umweltschutzes im Austausch zwischen dem Ostblock und dem westlichen Teil Europas zu eröffnen. Auf diesen Bereich sind wir alle angewiesen, und dieses wäre eine gute Möglichkeit der Kooperation und der Weiterführung der KSZE in diesem Feld.

Im sicherheitspolitischen Bereich geht es um die **Präzisierung des Gewaltverzichts**, und, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, hier sind wir in der Offensive. Es genügt nicht festzustellen, daß wir im Rahmen der UN-Charta eine Regelung haben, sondern es ist notwendig, diese Bestimmungen im einzelnen zu präzisieren, weil nur so festgestellt werden kann, ob der Osten und der Westen das gleiche meinen. Wir sollten auch den Ostblock immer

wieder darauf ansprechen und darauf hinweisen, daß die Glaubwürdigkeit der Entspannungspolitik auch in westlichen Augen nur dann einen positiven Aspekt bekommt, wenn wir feststellen, daß es in diesem Bereich der Definition des Gewaltverzichts eine Übereinstimmung gibt.

Ich möchte zum Schluß noch einen weiteren Gesichtspunkt zur Verstärkung des europäischen Beins der Allianz erwähnen. Wir sollten gerade unter Beachtung des Art. 5 des WEU-Vertrages Frankreich einladen, seine konventionellen Streitkräfte zum Zwecke der Vorne-Verteidigung in Europa zu reorganisieren. Dies könnte sicher auch unter dem Oberbefehl — das sage ich auch als ein deutscher Abgeordneter — eines französischen Offiziers geschehen. Dies kann im Rahmen dieses Berichtes natürlich nur eine Randbemerkung sein; aber sie bietet sich im Hinblick auf das Gleichgewicht der Pakte zwischen Ost und West an, und das würde eine Vervollständigung des europäischen Beins und der europäischen Säule darstellen können. Ich meine, diese Position sollte in der Versammlung demnächst als ein Thema eigener Art aufgegriffen werden. Wir werden Gleichgewichte und damit eine Balance zwischen den Blöcken und eine leichtere Verständigung über die Schlußakte von Helsinki hinaus in der Weiterführung nur erreichen, wenn das Gleichgewicht auch durch europäische Gemeinsamkeit verstärkt wird.

Lassen Sie mich abschließend auf den Gedanken von mehr Sicherheit für unsere Völker zurückkommen. Damit würde erreicht, daß der Abbau von Spannungen ein ganz entscheidendes Kriterium für die Weiterentwicklung in Europa sein wird. Wir alle wissen, daß die KSZE bisher kein großer Durchbruch war, aber sie hat positive Spuren hinterlassen. Sie sind im Bericht dargestellt, und ich glaube, uns allen sind sie gegenwärtig. Es gibt viele Menschen, vor allen Dingen in Osteuropa, die voller Hoffnung sind. Auch im Ostblock haben sich in der Folge der KSZE-Schlußakte Komitees zur Durchsetzung der Menschenrechte, zur Förderung der Entspannung zwischen den Völkern gebildet, und auch im Westen ist das Bewußtsein vorhanden, daß es zur Entspannungspolitik keine Alternative gibt. Ich glaube, dies ist der entscheidende Gesichtspunkt für die Versammlung: Es gibt keine Alternative zu einer Entspannungspolitik, die das Ziel hat, den Frieden in Europa sicherer zu machen. Dafür, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, sollten wir arbeiten.

Ich darf mich für Ihre Aufmerksamkeit bedanken.

Dr. Müller (CDU/CSU): Herr Vorsitzender! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Vorgeschichte der KSZE-Konferenz in Helsinki war von zwei Erwartungen bestimmt. Auf westlicher Seite bestand die Erwartung, daß man den Entspannungsprozeß, der sich Ende der 60er und Anfang der 70er Jahre entwickelt hatte, weiterführen könne. Die Sowjetunion hatte im Zusammenhang mit der Konferenz von Helsinki in erster Linie die Erwartung, die Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges festgeschrieben zu bekommen. Es ist ganz klar, daß bei so unterschied-

lichen Erwartungen auch die **Folgeerscheinungen der Schlußakte von Helsinki** unterschiedlich interpretiert werden. Ich glaube, das Motiv der Sowjetunion — Festschreibung der Ergebnisse ihrer Politik von 1945 — ist voll und ganz erfüllt worden.

Weil vor kurzem über den 8. Mai 1945 in Europa sehr viel diskutiert wurde, lassen Sie mich in diesem Zusammenhang daran erinnern, daß dieser 8. Mai 1945 nicht zuletzt auch deswegen zustande gekommen ist, weil mit dem Pakt zwischen Hitler und Stalin und den geheimen Zusatzabkommen im August 1939 das bereits vorweggenommen wurde, was dann 1945 Wirklichkeit wurde. Wir wissen ja, daß vor allem bei dem Besuch des damaligen sowjetischen Außenministers Molotow im November 1940 in Berlin noch weitergehende Forderungen gegenüber der Aufteilung Europas von 1939 vorgetragen worden sind, und wir wissen, daß die Sowjetunion die Aufteilung vom August 1939 ja auch eingefordert hat, bevor der Krieg zwischen dem Deutschen Reich Adolf Hitlers und der Sowjetunion Stalins 1941 begann, wobei die Sowjetunion nicht nur die Teile des zaristischen Reiches sozusagen zurückholte, die nach 1918 nicht mehr zur Sowjetunion gehörten, sondern auch kräftig darüber hinausgriff. Ich erinnere nur an das Ultimatum gegenüber Rumänien, mit dem nicht nur das frühere Bessarabien, das zum zaristischen Rußland gehört hatte, zurückgefordert wurde, sondern auch Teile der Bukowina mit Cernowitz, die niemals zu Rußland gehört hatten.

Weil der Kollege Gianotti gerade vorher die Türkei in die Debatte eingeführt hat, darf ich erwähnen, daß sich die **Türkei** permanent von der Sowjetunion bedroht fühlen mußte; denn bereits während des Krieges forderte die Sowjetunion von der Türkei Militärstützpunkte am Bosphorus. Sie hat das noch einmal bei den Außenministerkonferenzen nach 1945 getan. Ihre Forderungen z. B. einen Flottenstützpunkt in Massaua und die Verfügungsgewalt über die italienischen Kolonien nach 1945 zu erhalten, zeigen ja die langfristige Strategie sowjetischer Politik.

Ich darf in Klammern hinzufügen: Bei der Rolle der Sowjetunion und kommunistischer Politik in diesem Zusammenhang darf natürlich nie vergessen werden, auch nicht in der Gegenwart, welche erbärmliche Rolle z. B. die französischen Kommunisten zwischen 1939 und 1941 gespielt haben, wo sie durchaus die Politik Adolf Hitlers und Josef Wissarionowitsch Stalins unterstützt haben.

Die Erwartungen, die in die Menschenrechtsbeschlüsse der Schlußakte von Helsinki gesetzt worden sind, sind nicht erfüllt worden. Ich darf hier aus einer amerikanischen Zeitschrift vom 17. Mai dieses Jahres zitieren, wo eine Reihe führender Menschenrechtskämpfer aus der Sowjetunion die westlichen Länder auffordern, die KSZE-Schlußakte für null und nichtig zu erklären, weil sie im Bereich der Menschenrechte nicht erfüllt worden ist. Dazu gehören Leute wie Bukowski, Ginzburg, Maximow, Grigorenko, Plutsch, um nur einige der bekanntesten Namen hier zu zitieren.

Für mich war es auch sehr erstaunlich, daß der Kollege Gianotti gerade vor mir gesagt hat, hinsichtlich der Menschenrechte müsse man die gleichen Forderungen an die Türkei erheben. Ich bin bereit, das zu tun, Kollege Gianotti — er ist jetzt leider nicht mehr hier —, wenn in der Sowjetunion und in den Satellitenländern die gleiche demokratische Entwicklung eingeleitet wird, die in der Türkei eingeleitet worden ist und die zur Wiedergewinnung der Demokratie in der Türkei geführt hat. Ich würde mich freuen, diesen Tag auch für die Sowjetunion und die übrigen kommunistischen Diktaturen in Osteuropa erleben zu können.

Lassen Sie mich zur Haltung des Westens im Rahmen des KSZE-Prozesses einen Gedanken deutlich unterstreichen; ich danke dem Kollegen Haase dafür, daß er in seinem Bericht klar zum Ausdruck kommt. Ohne die Abstimmung unserer Politik mit den USA und ohne die Festigkeit des Westens kann ein Prozeß der Entspannung von vornherein überhaupt nicht eingeleitet werden, weil er die Sicherheit gefährden würde und weil darüber hinaus das Interesse der Sowjetunion an einem Entspannungsprozeß nicht mehr bestehen bliebe, weil die Sowjetunion dann wieder an ihre Hegemoniebestrebungen anknüpfen kann.

Vor ein paar Wochen hatte ich mit einigen Kollegen, die auch hier im Raume sind, Gelegenheit, mit einer Delegation des Obersten Sowjets in Bonn zu diskutieren. Was dort Herr Simjatin, der Vertreter des Zentralkomitees, geäußert hat, war so klar und deutlich, daß die einzige richtige Antwort darauf ein Kollege gab, der ihm sagte: Herr Simjatin, wie würden Sie erst mit uns reden, wenn wir nicht mit den Vereinigten Staaten verbündet wären! Ich glaube, das war eine sehr deutliche Aussage, die uns zeigt, wie sehr unsere Sicherheit, die Sicherheit des Westens, von unserer Einigkeit abhängig ist.

Das gilt auch für die inneren Auseinandersetzungen in unseren Staaten, weil immer eine Fünfte Kolonne — um diesen Begriff aus dem Spanischen Bürgerkrieg zu verwenden — sowjetische Interessen in unseren Ländern vertritt. In dieser Beziehung ist eine Chancengleichheit nicht vorhanden, weil umgekehrt innerhalb der kommunistischen Länder nicht für bestimmte Interessen gekämpft werden kann.

Ich bin auch sehr dankbar dafür, daß der Kollege Haase eine Aussage zu **SDI** macht, wobei er betont, dies müsse in Abstimmung mit den Vereinigten Staaten geschehen. Ich habe ein ganz besonderes persönliches Interesse daran, weil ich weiß, daß die Sowjetunion schon seit langem im Bereich des Weltraums militärische Forschung und militärische Experimente betreibt. Über meinem Wahlkreis im südlichen Niederbayern ist dieser berühmte erste Einsatz eines Killersatelliten in einem Großmanöver der Sowjetunion vorgekommen, wo ein Killersatellit einen anderen Satelliten ausgeschaltet hat. Wir wissen also, wovon wir reden.

Ich bin dem Kollegen Bianco dankbar, der unterstrichen hat, daß die Debatte um die Nachrüstung, um Pershing, im Grunde genommen zu einer Stär-

kung des Entspannungsprozesses geführt hat; denn als die Sowjetunion sah, daß Festigkeit in den westlichen Ländern vorhanden ist, war sie wieder bereit, an den Verhandlungstisch zurückzukehren.

Lassen Sie mich einen letzten Wunsch aussprechen: daß die Parlamentarier dieser Versammlung aus den Mitgliedsländern der Westeuropäischen Union sich noch mehr ihres Eigenwertes bewußt werden, den sie haben, wenn es darum geht, die eigenen europäischen Positionen in Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten im Hinblick auf die weitere Entwicklung der Politik unserer Sicherheit und Entspannung zu gewährleisten. Wenn wir zehn Jahre nach Helsinki diese Schlußfolgerung ziehen, sind wir auf dem richtigen Wege.

Kittlmann (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, die heutige Debatte hat etwas Positives gezeigt, was, Sir Frederic Bennet und Herr Cavaliere, für uns alle gemeinsam für die Zukunft wichtig ist. Wir sind uns in der Analyse des **Ost-West-Verhältnisses** und vor allen Dingen des Verhältnisses zu den Staaten des Ostblocks über parteipolitische Gruppierungen hinaus relativ einig. Dieses ist außerhalb der WEU in verschiedenen Gremien nicht immer so.

Zehn Jahre sind inzwischen nach Helsinki vergangen. Zehn Jahre sind heute kein so langer Zeitraum mehr, wie es vielleicht bei früheren Geschichtszeiträumen der Fall war. Man muß kritisch sagen — ich darf das, was einige Vorredner vielleicht schon gesagt haben, wiederholen —, daß in den letzten zehn Jahren beinahe nichts von den Beschlüssen von Helsinki umgesetzt wurde, außer unserem guten Willen im Westen, immer wieder zu betonen, was wir wollen und was wir erwarten. Die Sowjetunion hat ihre drei Ziele nahezu erreicht. Das erste Ziel ist die Anerkennung der sowjetischen Nachkriegseroberungen. Das zweite Ziel ist die Lockerung des Bündnisses zwischen den freien Staaten Europas und den USA. Wir brauchen bloß jeden Tag die Zeitung zu lesen, um die aktuelle Diskussion in den letzten Jahren zu verfolgen und festzustellen, daß die Sowjetunion auch auf diesem Weg außerordentlich erfolgreich ist. Das dritte Ziel der Sowjetunion ist die Auflösung der Europäischen Gemeinschaft, die Auflösung der Zusammenarbeit in vielen Bereichen Europas, und auch dieses Ziel hat die Sowjetunion in vielen Bereichen erreicht. Zwar ist es gelungen, die Menschenrechte zu einem Teil der Schlußakte zu machen, auf den sich Menschen in den sozialistischen Ländern berufen können. Andererseits wissen wir aber, daß dies in der Praxis nur einen geringen Erfolg hat.

Meine Damen und Herren, wir müssen uns immer wieder vergegenwärtigen, daß wir in Helsinki einer Illusion unterlegen sind, da das System, das die Sowjetunion auch in ihren Satellitenländern aufgerichtet hat — sich selbst nennt dieses System eine Diktatur des Proletariats —, im wesentlichen immer dem Ziel der Beherrschung im eigenen Bereich dient und — ich bin Herrn Haase dankbar, daß er es einleitend gesagt hat — im Expansionsdrang

über den bisherigen sozialistisch-kommunistischen Bereich hinaus immer wieder offensiv werden wird. Es ist deshalb sehr notwendig, uns auch immer wieder mit der Ideologie zu beschäftigen, die die Sowjetunion verfolgt. Von daher müssen wir vor allen Dingen auch jüngeren Mitmenschen, die vieles nicht selbst in der unmittelbaren Auseinandersetzung der Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg miterlebt haben, dies klarmachen. Wir müssen Beispiele anführen, seien es die Verhältnisse in Polen oder in der Tschechoslowakei. Auch sollten wir immer wieder daran erinnern, was in Afghanistan geschieht. Während wir hier miteinander sprechen, sterben irgendwo auf der Welt Hunderte von Menschen zum großen Teil auch unter der Verantwortung der Sowjetunion, z. B. in Afghanistan. Ich sage das deshalb, weil es die Sowjetunion verstanden hat, in den letzten Jahren eine neue Ära des **Kalten Krieges** zu eröffnen, indem sie sich in Problembereiche unserer Entscheidungen in einer Art und Weise einmischte, die ganz bestimmt nichts mit der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten eines Staates zu tun hat. Dabei erinnere ich auch an den Eingriff in die Diskussion über den NATO-Doppelbeschluß.

Es ist die Praxis in einer Demokratie, daß wir z. B. auch über den NATO-Doppelbeschluß miteinander gerungen haben, und auch innerhalb unserer Staaten waren Menschen dafür und andere dagegen. Aber die Art und Weise, in der die Sowjetunion versucht hat, Druck auf unsere Entscheidung auszuüben, hat gezeigt, daß sie bereit ist, einen psychologischen „Kalten Krieg“ aufleben zu lassen, deren Dimension sich verändert hat. Er ist gefährlicher geworden.

Ich glaube, daß wir eine SDI-Diskussion vor uns haben werden, die, am Beispiel der Nachrüstungsdebatte anknüpfend, den Versuch beinhalten wird, unsere freie Entscheidung zu beeinflussen. Es werden Gruppen in unseren Staaten beeinflusst werden, um die Politik der Sowjetunion bei uns umzusetzen. Dies alles müssen wir beachten.

Bei uns herrscht zum Teil eine primitiver **Antiamerikanismus**, und zwar nicht nur bei kleinen Interessengruppen, sondern auch in politischen Gruppierungen, die innerhalb der westlichen Demokratien einen bedeutenden Einfluß haben. Wir können davor nur warnen. Ich begrüße es, daß in dem Bericht z. B. steht: Europa kann seine Verteidigung nicht von den USA abkoppeln. Wenn wir dies wissen und jedes Jahr erleben, daß wir ohne die USA unfähig sind, uns gegen den sowjetischen Expansionismus zu wehren, müssen wir mit der Verteufelung der USA aufhören und uns im Rahmen des Atlantischen Bündnisses mit den USA fairer auseinandersetzen. Eine solche faire Auseinandersetzung bedeutet nicht, daß man die USA nicht auch kritisieren kann, darf und muß, wie auch die USA uns kritisieren. Aber wir sollten es nicht in der emotionalen Form tun, wie das häufig geschieht. Teilweise bringt das mit sich, daß sich die Fronten verkehren und daß man sich in Europa nach der Lektüre gewisser Schriften fragt, wer eigentlich der Gegner der westlichen Demokratien ist, die Sowjetunion oder die USA.

Wir haben eine SDI-Debatte vor uns. Teilweise wurde kritisiert, daß wir wegen der Absetzung eines Berichts nicht in der Lage seien, über SDI zu diskutieren. Das verstehe ich nicht; denn bei diesem Tagungsordnungspunkt kann man darüber diskutieren. Herr Haase nimmt in seinem Bericht zu SDI Stellung, und jeder hätte sich dazu melden und etwas zu SDI sagen können, ohne daß er daran gehindert worden wäre. Ich sage das, weil teilweise die enttäuschte Frage aufkam, warum die WEU nicht die Chance nutze, über SDI zu diskutieren. Die strategische Verteidigungsinitiative wird das beherrschende sicherheitspolitische Problem der vor uns liegenden Jahre sein, und das wird das Ost-West-Verhältnis maßgebend beeinflussen. Aber wir merken auch jetzt schon jeden Tag, daß auch das Verhältnis zwischen den USA und Westeuropa beeinflusst wird.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich möchte an Sie als Mitglieder der Parlamentarischen Versammlung der WEU appellieren, nicht nur hier, sondern auch in Ihren nationalen Parlamenten darauf hinzuwirken, daß wir zu einer fairen Diskussion miteinander kommen, in der das Für und Wider abgewogen wird und wo nicht schon jetzt, wo nur ein geringer Kenntnisstand vorhanden ist, in polemischer aggressiver Form ein Nein gesagt wird, um damit eine andere Politik zu verfolgen, als nur SDI abzulehnen.

Ich danke dem Berichtersteller für den Bericht, und ich freue mich, daß die heutige Diskussion gezeigt hat, daß wir in vielen Fragen einiger sind, als es zum Teil nach außen zum Ausdruck kommt.

Ich danke Ihnen.

Haase (Fürth) (SPD): Herr Präsident! Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen! Ich bin vor allen Dingen sehr dankbar für die kritischen Beiträge, die ich hier gehört habe. Ich werte sie eigentlich alle positiv, und zwar in dem Sinne, daß deutlich wird, daß die Mitglieder dieser Versammlung, die Abgeordneten der nationalen Parlamente, nicht blind sind, sondern sehr wohl wissen, daß die **KSZE** nicht die Welt verändert hat, als die **Schlußakte von Helsinki** beschlossen wurde, sondern daß dies eigentlich der Beginn einer langsamen Entwicklung ist, die wir auch heute noch feststellen und wo wir uns in der Tat entscheiden müssen, ob wir diesen Weg weitergehen wollen oder ob wir ihn hier beenden. Ich glaube, das ist die Alternative, über die man nachzudenken hat.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, natürlich, die Beurteilung der sowjetischen expansiven Ideologie kann doch nicht der alleinige Maßstab für unsere Reaktionen und für unsere Einstellungen sein. Wenn wir diese zum Maßstab machten, bedeutete dieses absoluten Stillstand jeglicher Entwicklung gerade im Ostblock, bedeutete es eine Verhärtung der Positionen und eher eine Rückkehr zu einer Situation, die wir früher einmal als die des Kalten Krieges beschrieben haben. Dieses kann nicht das Interesse der Europäer sein, ist es auch nicht; dies ist schon gar nicht das Interesse der Völker, und es

ist auch nicht das Interesse der Vereinigten Staaten. Politik wird dadurch gemacht, daß man andere zwingt, auf eigene Vorstellungen, die man äußert, die man Schrittlchen für Schrittlchen durchzusetzen versucht, zu reagieren.

Ich bin ein bißchen überrascht, wie ich eine Reihe von ehrenwerten konservativen Kollegen hier sprechen gehört habe, nämlich in einer Diktion, die, wenn ich sie mit der ihres Außenministers vergleiche, mir Rätsel aufgibt. Denn auch der britische Außenminister teilt wohl die Meinung, die ich hier im Bericht dargestellt habe. Es ist in der Tat so, daß wir Schrittlchen für Schrittlchen in Richtung auf die **Entspannung** gehen. Wer sagt, es habe sich nichts geändert, der hat in den letzten zehn Jahren die Tatsachen nicht objektiv zur Kenntnis genommen. Ich meine, wir sollten uns vergegenwärtigen, was vor zehn Jahren hätte sein können, wenn sich die Gewerkschaft „Solidarnosc“ damals gebildet und erhoben hätte. Was wäre mit den Menschen geschehen? Wäre eine Anklage der Mörder des Pfarrers Popieluszko möglich gewesen? Wäre es möglich gewesen, daß sich in der Tschechoslowakei, in der Sowjetunion, in der DDR Gruppen bilden, die sich auf die **KSZE-Schlußakte** berufen? Ist das nichts? Es ist nicht viel. Viele mögen geträumt haben, daß sich die Welt von heute auf morgen verändert. Aber, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, wir alle sind doch Realpolitiker. Wir sitzen doch in unseren Parlamenten. Wir wissen, wie schwierig es ist, eine Million des eigenen Budgets, möge sie nun in D-Mark oder in britischen Pfunden oder Francs ausgedrückt werden, von einer Position auf die andere zu bewegen. Dieses hat uns doch in den Jahren, in denen wir den Parlamenten angehören, immer wieder die Erfahrung gebracht: Veränderungen sind unwahrscheinlich schwer durchzusetzen, aber sie sind durchzusetzen, und sie sind vor allen Dingen mit Beharrlichkeit durchzusetzen. Darauf wollte ich noch einmal aufmerksam machen. Ich meine also, was hier gesagt worden ist, ist unter diesem Aspekt zu werten.

Die Kritik ist richtig. Sie richtet sich an diejenigen, die dafür verantwortlich sind, daß nicht so viele Fortschritte gemacht worden sind, und das ist die Sowjetunion. Dieses kann uns aber nicht zu dem Schluß führen, daß wir stillstehen müssen, daß wir alles über Bord werfen müssen, daß wir sagen, es habe keinen Wert. Dies ist nicht das Bild, das ich aufnehmen wollte, daß wir mit Sprotten Makrelen angeln. Dies ist sicher nicht das richtige Bild. Wir sollten uns vielmehr vergegenwärtigen, daß wir die Welt nicht an einem Tage oder auch in zehn Jahren **KSZE** zu einer grünen Wiese verändern können, auf der es keine Waffen gibt, auf der die Menschen alle in Freude und Frieden miteinander auskommen.

Ich hoffe, daß dieses Parlament ein gutes Beispiel gibt, daß es weitgehend Einigkeit zeigt und sich die Gegensätze hier nicht so verschärfen, daß wir uns als ein Vorbild der Auseinandersetzungen darstellen. Ich meine, wir hätten guten Grund, diese in unserer Diskussion zu bedenken.

Lassen Sie mich noch zwei Dinge hinzufügen. Druck auf den Ostblock? Natürlich! Dann wäre ich aber sehr interessiert gewesen, zu hören, womit dieser Druck ausgeübt werden soll. Druck zur Durchsetzung der Menschenrechte? In Ordnung. Womit? Im Korb III der Schlußakte von Helsinki haben wir den Hebel und das Instrument, öffentlich, in den Vereinten Nationen, vor der Weltöffentlichkeit immer wieder auf diese Dinge hinzuweisen. Ich habe sie in meinem Bericht auch heute noch einmal deutlich angesprochen, diese Dinge, die den sowjetischen Juden und den Minderheiten geschehen und die den Menschenrechten nicht entsprechen.

Ich möchte auch Herrn Gianotti widersprechen. Grundlage der Entspannung ist das Gleichgewicht der Kräfte zwischen den beiden großen Blöcken. Dieses Gleichgewicht ist nur dadurch zu erhalten, daß wir in einem festen Bündnis mit den Vereinigten Staaten stehen. Auf dieser Basis ist Entspannung sehr wohl möglich, weil es sich dann um gleiche Kräfte und gleiche Größenordnungen handelt. Wir haben dafür zu sorgen, daß diese sich nicht verschieben.

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, ich kann hier nicht auf jeden Beitrag im einzelnen eingehen. Das würden der Präsident und Sie alle mir auch übelnehmen; denn die Zeit schreitet fort. Zum Schluß möchte ich mich als Berichterstatter jedoch für die Fairneß bedanken, mit der über diese Fragen sowohl im Politischen Ausschuß als auch hier gesprochen und entschieden worden ist. Ich darf dem Ausschußvorsitzenden, Herrn Michel, für die freundliche Unterstützung danken.

Ich wäre dankbar, wenn wir in der Abstimmung über diesen Bericht eine Dokumentation der Festigkeit, aber gleichzeitig auch unserer Zielrichtung zur Entspannung hin klar und deutlich artikulierten. In diesem Sinne hoffe ich auf Ihre Zustimmung.

Empfehlung 417

betr. die Ost-West-Beziehungen zehn Jahre nach der Unterzeichnung der Schlußakte von Helsinki

Die Versammlung

- (i) vertritt die Ansicht, daß eine enge Zusammenarbeit zwischen den amerikanischen und europäischen Mitgliedern des Atlantischen Bündnisses die Grundlage für die Sicherheit Westeuropas und die Erhaltung des Friedens bildet;
- (ii) vertritt die Ansicht, daß der Begriff westeuropäische Sicherheit den Schutz Westeuropas sowohl vor lokalen als auch globalen Angriffen bedeutet;
- (iii) vertritt die Auffassung, daß die Menschenrechte in Osteuropa häufig nicht geachtet wurden, was die Bemühungen um den Frieden nicht erleichtert hat;
- (iv) begrüßt die Begegnung zwischen Amerikanern und Sowjets zur Erzielung von Abkommen, durch die das Wettrüsten beendet werden soll;

- (v) vertritt die Ansicht, daß die Weiterentwicklung des Austausches zwischen Ost und West zum Abbau von Spannungen beitragen kann;
- (vi) vertritt die Ansicht, daß die am 1. August 1975 in Helsinki unterzeichnete Schlußakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa ein wesentliches Instrument zum Abbau von Spannungen in Europa darstellt, daß jedoch die vollständige Anwendung der darin verankerten Prinzipien, insbesondere auf dem Gebiet der Menschenrechte, bei weitem noch nicht erreicht ist;
- (vii) vertritt die Ansicht, daß der 10. Jahrestag der Helsinki-Schlußakte eine Gelegenheit zur erneuten Prüfung ihrer Verwirklichung bietet, mit dem Ziel, einen Beitrag zur friedlichen Koexistenz in Europa zu leisten;
- (viii) vertritt die Ansicht, daß es Aufgabe der WEU ist, die erforderlichen Schritte zu unternehmen, um der Stimme des europäischen Pfeilers des Bündnisses in Fragen der Sicherheit entsprechend der Erklärung von Rom Gehör zu verschaffen;
- (ix) vertritt die Auffassung, daß die Arbeit der WEU eine Stärkung des KSZE-Prozesses ermöglichen und insbesondere dazu dienen soll, der Stimme der Europäischen Mitglieder des Bündnisses auf der Stockholmer Konferenz über Abrüstung in Europa Gehör zu verschaffen;
- (x) vertritt die Ansicht, daß ein Dialog mit den Mitgliedern des US-Kongresses unbedingt erforderlich ist, damit sich die Mitglieder der Versammlung der WEU über Fragen auf diesem Gebiet informieren und darüber beraten können;

empfiehlt dem Rat,

1. den Stand aller Verhandlungen über Abrüstung und Rüstungsbegrenzung regelmäßig zu prüfen, um unter anderem durch ein gemeinsames Vorgehen folgendes zu erreichen:
 - a) ein Abkommen mit den östlichen Ländern, das die Implikationen der in der Schlußakte der Helsinki-Konferenz aufgeführten Prinzipien spezifiziert;
 - b) die Einführung weiterer vertrauensbildender Maßnahmen, vor allem durch die Anwesenheit von Beobachtern bei Militärmanövern, im Rahmen der derzeit in Stockholm stattfindenden Verhandlungen;
 - c) die Definition einer gemeinsamen europäischen Position in Fragen, die von den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion auf der Genfer Konferenz erörtert werden, um eine Einigung über die Bedingungen einer Begrenzung des Wettrüstens zu erzielen;
2. anläßlich des 10. Jahrestages der Helsinki-Konferenz von allen Signatarmächten die Zusicherung einzuholen, daß sie alle in der Schlußakte enthaltenen Prinzipien, vor allem die nachste-

hend aufgeführten, tatsächlich anwenden werden:

- a) Achtung der Menschenrechte;
 - b) Unverletzlichkeit der Grenzen;
 - c) territoriale Integrität der Staaten;
 - d) Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten eines anderen Staates und die sofortige Anwendung dieses Grundsatzes auf Afghanistan;
 - e) Gleichberechtigung und Selbstbestimmungsrecht der Völker;
 - f) Zusammenarbeit zwischen den Staaten;
 - g) Einführung von vertrauensbildenden Maßnahmen;
3. in den entsprechenden Gremien folgendes aktiv zu fördern:
- a) die Entwicklung des Handels zwischen östlichen und westlichen Ländern;
 - b) die Anpassung der Praktiken und der Listen des Koordinierungsausschusses für den Ost-West-Handel (COCOM) an eine Handelserweiterung, die die Sicherheit des Westens nicht gefährdet;
 - c) im Einvernehmen mit den Vereinigten Staaten die Mitwirkung Europas an der wissenschaftlichen Weltraumforschung;
 - d) eine Übereinkunft zwischen den west- und osteuropäischen Ländern über die Verbesserung des Umweltschutzes;
4. anlässlich der Erneuerung des Warschauer Pakts ein Übereinkommen zwischen den Ländern des Atlantischen Bündnisses und der WEU einerseits und den Ländern des Warschauer Pakts andererseits anzustreben, in dem das Prinzip der Nichtandrohung oder Nichtanwendung von Gewalt gemäß der Helsinki-Schlußakte definiert wird, und zugleich auf beiden Seiten konkrete vertrauensbildende Maßnahmen zu erarbeiten und zu verwirklichen und dabei zu berücksichtigen, daß bei jeder Bestätigung des Grundsatzes der Nichtanwendung von Gewalt stets auch die Notwendigkeit der Achtung der Menschenrechte gemeinsam bekräftigt werden sollte.

Tagesordnungspunkt:

Ansprache des britischen Staatsministers für Auswärtiges und Commonwealth Angelegenheiten, Baroness Young

(Themen: Wiederbelebung der WEU — Ost-West-Dialog — Rüstungskontrolle und SDI)

Dr. Scheer (SPD): Frau Minister, ich habe vier kurze Fragen, die alle in einem Zusammenhang stehen. Die erste Frage bezieht sich auf folgendes: In einer bemerkenswerten Rede hat der britische Außenminister Howe vor wenigen Wochen im Zusammen-

hang mit einer Erörterung des **SDI-Projekts** vor einer Orgie des Wettrüstens gewarnt und insgesamt 29 Fragen gestellt, kritische Fragen an dieses SDI-Projekt, die noch nicht beantwortet sind. Meine Frage an Sie ist: Wie erklärt sich die britische Bereitschaft zur Beteiligung an diesem SDI-Projekt, bevor auch nur eine einzige dieser 29 Fragen von Sir Geoffrey Howe beantwortet ist?

Zweite Frage: Wäre die britische Regierung bereit, mit der gleichen Intensität das **Eureka-Projekt** zu erörtern — mit der gleichen Bereitschaft zur Beteiligung, wie dies jetzt beim SDI-Projekt beabsichtigt ist?

Eine dritte Frage: Welches ist eigentlich der politische Grund, warum in der gegenwärtigen Situation Initiativen, die die westeuropäischen Staaten betreffen, von Frankreich ausgehen wie etwa beim Eureka-Projekt, und wann und unter welchen Voraussetzungen könnte Großbritannien mit einer eigenen europäischen Initiative, die ja gar nicht sehr anders aussehen muß, kommen?

Die letzte Frage bezieht sich auf folgendes: Wenn man die Gesetzmäßigkeiten der Finanzwissenschaften und gleichzeitig die Diskussion in den einzelnen europäischen Ländern über die Entwicklung bei den Verteidigungshaushalten kennt, welche Prioritäten würden sich im britischen Haushalt bei einer Beteiligung an SDI — auch eventuell über die Forschungsphase hinaus, denn das muß man mitberechnen, auf jeden Fall mit in Erwägung ziehen — angesichts der jetzigen Tatsache ergeben, daß es schon schwierig ist, die drei Standbeine der britischen Verteidigung — Trident, der britische Beitrag zur Seeverteidigung und die British Army On The Rhine — in gleicher Intensität für die Zukunft sicherzustellen? Wie wäre es, wenn eine viertes Standbein hinzukäme?

Baroness Young (Staatsminister für Auswärtiges und Commonwealth Angelegenheiten, Vereinigtes Königreich) *antwortete, die von Außenminister Howe zu SDI gestellten Fragen enthielten keine Urteile a priori, sondern erwarteten die Antwort im Verlauf weiterer Forschungen. — Auch für die zweite Frage laute die Antwort, daß die britische Regierung die Untersuchung der Eureka-Vorschläge noch nicht abgeschlossen habe. — Zur letzten Frage könne sie nur sagen, daß die enormen Kosten nur in Beziehung zu den übrigen Verteidigungskosten und den Ausgaben der Regierungen insgesamt zu sehen und zu behandeln seien.*

Tagesordnungspunkt:

Zypern und die europäische Sicherheit

(Drucksache 1008)

Berichterstatter:

Abg. Sir Frederic Bennet (Vereinigtes Königreich)

(Themen: Zypern vor der Unabhängigkeit — Die Republik Zypern — die gegenwärtige politische Lage)

Empfehlung 418

betr. Zypern und die europäische Sicherheit

Die Versammlung

- (i) vertritt die Auffassung, daß die Lage auf Zypern eine ernste Gefahr für den Zusammenhalt des Atlantischen Bündnisses im östlichen Mittelmeer darstellt;
- (ii) vertritt die Auffassung, daß die Mitgliedsländer der WEU angesichts der Tatsache, daß die Republik Zypern mit der Europäischen Gemeinschaft assoziiert und im Europarat vertreten ist und daß Griechenland und die Türkei dem Atlantischen Bündnis angehören, das Recht und die Pflicht haben, alles zu tun, um die Schaffung eines dauerhaften Friedens auf der Insel Zypern zu fördern;
- (iii) vertritt die Auffassung, daß die Schlußfolgerungen des Generalsekretärs der Vereinten Nationen aus den Verhandlungen, die von 1977 bis 1984 zwischen den beiden zypriotischen Gemeinschaften stattgefunden haben, die bestmögliche Grundlage für die Wiederherstellung des Friedens auf Zypern darstellen;
- (iv) begrüßt die Entscheidung der beiden zypriotischen Gemeinschaften, ihre Verhandlungen trotz des anfänglichen Mißerfolgs fortzusetzen;

empfiehlt dem Rat,

die Vorschläge des Generalsekretärs der Vereinten Nationen zu unterstützen und gegenüber den Behörden Griechenlands, der Türkei und der beiden zypriotischen Gemeinschaften allen möglichen Einfluß geltend zu machen, um den Abschluß eines endgültigen Abkommens auf dieser Grundlage zu fördern.

Mittwoch, 22. Mai 1985

Tagesordnungspunkt:

Die militärische Nutzung von Computern — Antwort auf den 30. Jahresbericht des Rates

(Drucksache 1007)

Berichterstatte: Abg. Fourré (Frankreich)

(Themen: Die militärische Anwendung von Computern — die Entwicklung in den USA, Sowjetunion und Frankreich)

Empfehlung 419

betr. die militärische Nutzung von Computern — Antwort auf den 30. Jahresbericht des Rates

Die Versammlung

- (i) ist sich bewußt, daß Computer — ob sie in Waffensysteme integriert sind oder zu Kommando-

Kontroll-, Kommunikations- und Aufklärungszwecken eingesetzt werden — für die Verteidigung der westlichen Welt von ausschlaggebender Bedeutung sind;

- (ii) ist sich der Bedeutung der militärischen Computer bewußt, die die Entwicklung der zivilen Computer-Industrien in den vergangenen 20 Jahren vorangetrieben haben;
- (iii) berücksichtigt ferner, daß Westeuropa seit dem Scheitern des Unidata-Programms, an dem die Unternehmen Philips, Siemens und CII beteiligt waren, keine gemeinsame koordinierte Politik verfolgt hat und erst jetzt mit der Verwirklichung des Esprit-Programms beginnt, bei dem keine militärische Nutzung vorgesehen ist;
- (iv) ist sich der amerikanischen und japanischen Herausforderung auf dem Welt-Computermarkt sowie des westeuropäischen Rückstands und seiner schwerwiegenden Folgen bewußt, die eine übermäßige Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten und Japan mit sich bringt und einerseits eine gemeinsame europäische Politik und andererseits Initiativen in bezug auf eine Zusammenarbeit mit amerikanischen und später auch japanischen Unternehmen erfordern;
- (v) berücksichtigt die äußerst rasche Entwicklung der Computertechnologie;
- (vi) vertritt die Auffassung, daß es notwendig ist, sich dieses Phänomen bewußt zu machen, und beauftragt daher ihren Ausschuß für Wissenschaft, Technologie und Luft- und Raumfahrt, einen ergänzenden Bericht über diese wichtige Frage auszuarbeiten, um die Versammlung über die Entwicklung der Lage auf wirtschaftlichem, technologischem und militärischem Gebiet auf dem laufenden zu halten;

empfiehlt dem Rat,

1. die Regierungen der Mitgliedsländer dringend aufzufordern, die Forschung und Entwicklung auf dem Gebiet der Basistechnologien mit dem Ziel der Herstellung von integrierten Schaltkreisen mit sehr hoher Schaltgeschwindigkeit voranzutreiben und zu koordinieren und die erforderlichen finanziellen Mittel zur Förderung der entsprechenden Industrien bereitzustellen;
2. im Hinblick auf die militärischen Anwendungen von Computersystemen in einem westeuropäischen Rahmen eine gemeinsame Politik zu konzipieren, die sich auf eine von der Agentur zur Entwicklung der Zusammenarbeit im Rüstungsbereich auszuarbeitende koordinierte Strategie stützt;
3. die Entwicklung der nächsten Generation von militärischen Computern für den Einbau in solche Waffensysteme vorzubereiten, die von den verschiedenen Einheiten der für die gemeinsame Verteidigung vorgesehenen europäischen Streitkräfte eingesetzt werden können und funktionell austauschbar sind;

4. die Schaffung eines gemeinsamen europäischen Marktes für militärische Computer und insbesondere Supercomputer zu fördern, was die Entwicklung auf dem zivilen Markt vorantreiben wird;
5. sich für die Einführung einer gemeinsamen Computersprache einzusetzen, die die Interoperabilität aller Systeme der westeuropäischen Streitkräfte erleichtert;
6. die Standardisierung von Computer-Bauteilen, wie z. B. integrierte Schaltkreise mit sehr hoher Schaltgeschwindigkeit zu fordern;
7. die Auswirkungen zu erwägen, die die im Rahmen der amerikanischen Strategischen Verteidigungsinitiative und der europäisch-amerikanischen Zusammenarbeit bei der Verwirklichung der Weltraumstation unternommenen Forschungs- und Entwicklungsarbeiten auf die europäischen Computerindustrien haben können.

Tagesordnungspunkt:

Neue Perspektiven für die WEU — Antwort auf den 30. Jahresbericht des Rates

(Drucksache 1012)

Berichterstatter:

Abg. van der Sanden (Niederlande)

(Themen: Aktivierung des Rates — Verbindungen zwischen Rat und Versammlung — die ministeriellen Organe der WEU-Beziehungen zu Nicht-Mitgliedstaaten — der Sitz der WEU — 30. Jahresbericht des Rates)

Die Anwendung des Brüsseler Vertrages — Antwort auf den 30. Jahresbericht des Rates

(Drucksache 1019)

Berichterstatter:

Abg. Dr. Scheer (Bundesrepublik Deutschland)

Dr. Scheer (SPD): Herr Präsident! Meine Damen! Meine Herren! Ich habe die Aufgabe, für den Verteidigungsausschuß einen dort einstimmig verabschiedeten Report der Versammlung zu Beginn der Debatte zu erläutern. Von meinem Vorredner, dem Berichterstatter des Politischen Ausschusses, ist davon gesprochen worden, daß es sich hier um eine Reaktivierung der Westeuropäischen Union handle. Ich persönlich benutze eine andere Definition dessen, was gegenwärtig passiert und in die Wege geleitet worden ist. Meine Definition ist die einer **Reform der WEU** bzw. einer Funktionsänderung der WEU im Rahmen des bestehenden Vertrages. Darum handelt es sich bei näherem Hinsehen eigentlich, weil auch der Begriff Reaktivierung oder

Wiederbelebung unterstellt, daß die WEU irgendwann in ihrer 30jährigen Existenz einmal eine besonders lebendige internationale Organisation gewesen sei. Wir wissen, daß dies nicht der Fall war, weil die Entwicklung der NATO seit 1955, die militärische Integration, sehr viele Aufgaben, die ursprünglich für das Brüsseler Vertragswerk gedacht waren, dazu geführt hat, daß vieles der NATO übertragen wurde. Es blieb eine Funktion der WEU im wesentlichen in bezug auf die Rüstungskontrolle nach innen übrig, nach den entsprechenden Vertragsbestandteilen bzw. Protokollen.

Es geht also um eine Funktionsänderung im Rahmen geltender Verträge. Hierbei wird es darum gehen, daß die Versammlung eine eigene aktive Rolle bei der Entwicklung von Ideen und Vorschlägen für diese Aktivierung der WEU einnimmt. Da die Versammlung — wir sollten uns nicht über die tatsächliche Lage täuschen — gegenüber dem Ministerrat nicht besonders viel zu sagen hat, was sich schon aus dem Vertrag und den Kompetenzen der Regierungen bzw. des Ministerrats ergibt, hängt die Frage, ob die Versammlung diese Entwicklung positiv beeinflussen kann, von der Qualität der Vorschläge der Versammlung ab, und die Vorschläge müssen realistisch auf die Probleme eingehen, sie müssen aufzeigen, wie eine europäische Identität in der Sicherheitspolitik gewonnen werden kann. Diese europäische Identität sollte beides möglich machen, ein gemeinsames Bündnis im nordatlantischen Rahmen, und hierbei sollten zugleich die westeuropäischen Eigeninteressen betont werden. Es wird dann darum gehen, daß die Versammlung dies unter dem Vorzeichen einer westeuropäischen Innenpolitik diskutiert, und diese Diskussion sollte anders stattfinden, als es bei reinen Regierungserörterungen häufig der Fall ist. Das heißt, wir müssen länderübergreifend diskutieren. Wenn wir hier neue Ideen entwickeln können, dann kann die Versammlung eine zusätzliche Funktion erhalten. Wenn hier nur das wiederholt wird, was von anderen ohnehin vorgearbeitet worden ist, wird die Versammlung keine besondere Funktion haben.

Deswegen ist es hier besonders bedeutsam, drei Punkte hervorzuheben, die in meinem Bericht stehen. Der eine Punkt ist, daß der Versammlung angemessene Haushaltsmittel zur Verfügung stehen müssen. In meinem Bericht steht, daß es zu wenig ist, wenn der Ministerrat einfach darum gebeten wird; denn die WEU-Versammlung ist eine Versammlung von Parlamentariern, die in ihren jeweiligen Ländern die Haushaltskompetenz gegenüber der Regierung haben, und es ist nicht Ausdruck eines besonderen parlamentarischen Selbstbewußtseins, wenn die Parlamentarier auf der WEU-Ebene die Regierungen lediglich um den Gefallen bitten, **mehr Haushaltsmittel für ihre parlamentarische Arbeit** zur Verfügung gestellt zu bekommen. Wenn wir diese Forderung und die Funktion der Parlamentarischen Versammlung ernst nehmen, wird es erforderlich sein, die einzelnen Parlamentarier in koordinierter Weise dazu zu bringen, in den nationalen Parlamenten durchzusetzen, daß die Parlamentarische Versammlung der WEU mehr Haushaltsmittel bekommt.

Ein zweiter Punkt wird sein, daß die **neuen Agenturen**, die geschaffen werden sollen und deren Aufgaben noch näher definiert werden müssen — die im wesentlichen Forschungsaufgaben, Studienarbeiten zu machen haben —, auch der Versammlung direkt zur Verfügung stehen, so daß es hier eine echte Arbeitshilfe für die Versammlung gibt.

Als weiteren Punkt in dem Zusammenhang will ich ansprechen, daß es für die künftige aktive Rolle der WEU und die **Funktion der Versammlung** nicht angemessen ist, wenn gelegentlich ein Vertreter des Ministerrats für eine Stunde redet, einige Fragen beantwortet und dann wieder geht. Wenn es wirklich eine Zusammenführung der politischen Vorstellungen und der Debatten hier mit den Debatten und Entscheidungen im Ministerrat geben soll, muß man erwarten, daß bei unseren Debatten jeweils ein Vertreter des Ministerrats im Ministerrang neben dem Ständigen Rat anwesend ist und sich beteiligt. Dies ist dann im Verhältnis zum Ministerrat wirklich eine parlamentarische Praxis, die zu dem notwendigen Respekt führt. So viel zur Rolle der Versammlung.

Ich will nun zu den inhaltlichen Punkten Stellung nehmen. Ich habe in diesem Bericht hervorgehoben, daß es notwendig sein wird, die bisherigen Erfahrungen der WEU in der **Rüstungskontrolle** nach innen gegenüber den eigenen Mitgliedsländern nicht ungenutzt zu lassen, sondern politisch nutzbar zu machen. Die WEU ist die einzige Institution im internationalen Rahmen, die in der Rüstungskontrolle Erfahrung hat. Es wird deshalb fruchtbar sein, wenn das, was über 30 Jahre hinweg lediglich eine Funktion nach innen hatte, eine Funktion nach außen erhält. Deshalb schlage ich vor — hier ist der Ausschuß auch einstimmig gefolgt —, für ein Konzept vertrauensbildender Maßnahmen im europäischen Ost-West-Verhältnis die jetzige Erfahrung der WEU-Institutionen zu nutzen, um von einer Beständekontrolle nach innen zu einer Entwicklung zu kommen, mit der eine Beständedeklaration bei konventionellen und nuklearen Waffen gegenüber dem Warschauer Pakt angestrebt wird, wenn das auch reziprok auf vertraglich vereinbarter Basis geschieht, um auf diesem Wege einen Schritt weiterzukommen zu einer Vertrauensbildung, die über das hinausgeht, was gegenwärtig in Stockholm diskutiert wird. Es ist unsere Aufgabe, produktiv auf Entwicklungen hinzuweisen, die vielleicht erst in drei, vier oder fünf Jahren politisch umgesetzt werden können, was aber bereits jetzt konzipiert werden muß. Ich glaube also, daß es notwendig ist, hier Erfahrungen auf ganz andere Weise in eine neue Perspektive einmünden zu lassen.

Besonderen Wert lege ich in dem Bericht auf die Arms-control-Aufgabe der WEU, und hier gibt es durchaus Differenzen im Nordatlantischen Bündnis, die in den letzten Monaten aufgetaucht sind und die hier angesprochen werden sollen. Diese entstanden, als die WEU-Mitgliedsländer begannen, ihre eigene Koordination zu entwickeln, und zwar in Richtung auf die Rüstungskontrollanforderungen, wobei vielleicht auch eigene Zielsetzungen formuliert wurden.

Es ist bekanntgeworden, daß es z. B. eine Art Protestschreiben des Undersecretary Burt an europäische Regierungen gegeben hat, in dem hervorgehoben wurde, daß die Kompetenz für Rüstungskontrolle allein bei den Vereinigten Staaten liege. Es ist richtig und begrüßenswert, daß man sich davon nicht hat beeindrucken lassen und natürlich den Stellenwert eigener Rüstungskontrollinitiativen nicht zuletzt im Kommuniqué des Ministerrats hervorgehoben hat. Das sind Initiativen, die im WEU-Rahmen stattfinden sollen, neben denen einer Rüstungskooperation und denen der Weiterentwicklung des europäischen Ost-West-Verhältnisses. Das heißt, es ist besonders dringend und bedeutsam für Westeuropa, für einen Kontinent, in dem auch hinsichtlich der Nuklearwaffen die größte Waffenansammlung existiert, die es bisher in Friedenszeiten jemals gegeben hat, die eigene Verantwortlichkeit in der Rüstungskontrolle im Rahmen des Nordatlantischen Bündnisses zu betonen und zu entwickeln. Deswegen habe ich auch in meinen Empfehlungen eine Reihe von Punkten genannt, wo dies von besonders aktueller Dringlichkeit ist.

So wird eine gemeinsame Antwort auf den Vorschlag einer Beteiligung an **SDI** genannt, wobei diese Antwort nicht kriterien- und meinungslos sein sollte, sondern sie sollte sich an klaren politischen Kriterien orientieren, die vor anderen politischen Kriterien Vorrang haben sollten. Das Kriterium sollte sein, daß eine Antwort erfolgen muß „in order to prevent an arms race in outer space and ensure respect for existing treaty obligations“. Über dieses Kriterium muß man nachdenken, wenn man sich in anderen Abschnitten zu anderen Berichten zum SDI auf dieser Versammlung äußert und wenn es um bestimmte Amendements geht.

Ich will darauf später noch eingehen. Ich habe mich in dem Bericht zu einer gemeinsamen Position in bezug auf die Teststopppverhandlungen bei Atomwaffen geäußert. Ich empfehle eine gemeinsame Position zur Frage, was auf den Vorschlag der Sowjetunion geantwortet werden kann, eine sechsmo-natige Pause in der Stationierung ihrer Nuklearraketen einzulegen. Auch ist die Bedeutung eines Chemiewaffenabkommens hervorgehoben worden.

Unter Punkt 3 meiner Empfehlungen habe ich die Notwendigkeit der Produktion eines **westeuropäischen Aufklärungssatelliten** hervorgehoben, der uns instand setzt, eine Informationsautonomie zu bekommen, und zwar hinsichtlich der Entwicklung der rüstungskontrollpolitischen Perspektiven und bei der Beurteilung rüstungskontrollpolitischer Entwicklung. Beides ist sehr, sehr notwendig, denn wir leben bei diesen zentralen, lebenswichtigen Fragen bisher von Informationen aus zweiter Hand, die sich bei aller Bündnissolidarität mit den Vereinigten Staaten sehr häufig ändern, die sich sehr häufig widersprechen, deren Wahrheits- und Triftigkeitsgehalt und deren Plausibilität man nicht im einzelnen überprüfen kann. Dasselbe gilt natürlich erst recht gegenüber der Sowjetunion, wo häufig mit propagandistischen Methoden gearbeitet wird, wenn es um die Darstellung von Rüstungspotentialen des Westens geht. Hier ist es zwingend erforder-

lich, daß die westeuropäischen Staaten eine eigene Informationskapazität bekommen, als eine technische und politische Voraussetzung für eine eigene Wahrnehmung und eine eigene Konzeptionsbildung in der Rüstungskontrolle.

Damit komme ich zu dem Punkt, der hier in den letzten Tagen hauptsächlich im Vordergrund stand, obwohl kein offizieller Bericht der Versammlung dazu vorliegt. Ich meine die Problematik **SDI**. Ich habe bereits zitiert, nach welchen Kriterien hier empfohlen wird — das ist im Verteidigungsausschuß einstimmig verabschiedet worden —, diese gemeinsame Antwort zu erarbeiten. Das Kriterium ist die vorrangige Verhinderung eines Wettrüstens im Weltraum bei voller Beachtung bestehender Verträge.

Zum Schluß meiner Ausführungen möchte ich jetzt der Versammlung erläutern, was dies im einzelnen politisch bedeutet. Im Klartext: Es bedeutet, daß wir bei dieser gesamten **SDI**-Problematik, d. h. bei der Frage, ob es Waffen geben soll, die vom Weltraum aus Ziele im Weltraum selbst, in der Atmosphäre oder auf der Erde erreichen können, oder ob es zusätzlich Waffen geben soll, die von der Erde aus Ziele im Weltraum erreichen und natürlich vernichten können, klar Stellung beziehen sollten.

Wenn man meine Resolution akzeptiert, hat der Vorschlag Priorität, bei den Genfer Verhandlungen durch eine entsprechende vertragliche Übereinkunft zu verhindern, daß es zu einer solchen Rüstung kommt. Dieses hat Priorität vor einer Beteiligung an **SDI**, mindestens solange, wie nicht alles versucht worden ist, auch mit unserem Drängen, zu einer solchen vertraglichen Übereinkunft in Genf zu kommen.

Ich sage das ganz bewußt, damit wir nicht dazu kommen, im Laufe des heutigen Tages zwei unterschiedliche Empfehlungen zu verabschieden, die sich inhaltlich widersprechen. Deswegen muß dies hervorgehoben werden.

Es bedeutet nämlich auch, der Tatsache Rechnung zu tragen, daß Chancen für eine vertragliche Lösung mit Verifikation nur bestehen, solange es nicht zu bestimmten Testprogrammen bei diesen Waffen gekommen ist. Wenn erst einmal Tests stattgefunden haben und erfolgreich abgeschlossen sind, haben wir kaum noch Chancen für die Realisierung eines entsprechenden Vertrages zur Verhinderung des Wettrüstens im Weltraum. Diese Chance haben wir nur so lange, wie die Tests, die sich durch vorhandene Aufklärungsmittel kontrollieren und verifizieren lassen, noch nicht abgeschlossen sind. Wir haben bei Anti-Satelliten-Waffen vielleicht noch eine Zeit von zwei Jahren und bei **BND**-Waffen noch eine Zeit von vier, fünf oder sechs Jahren — vielleicht auch etwas mehr —, um zu einer solchen vertraglichen Übereinkunft zu kommen. Die Priorität der Verhandlungen zur Verhinderung der Weltraumrüstung ist mit dieser Empfehlung formuliert.

Eine zweite Priorität ist ebenfalls formuliert: daß diese Antwort unter Berücksichtigung bestehender

Verträge erfolgen muß. Welche Verträge sind das? Es ist der **ABM**-Vertrag, es ist der Weltraumvertrag des Jahres 1967, und es ist der begrenzte Teststoppvertrag aus dem Jahre 1963. Warum? Weltraumwaffen, **BND**-Waffen, bedeuten, daß man die Energie von Nuklearexplosionen nutzen muß, um überhaupt diese Strahlenwirkung erzielen zu können, die erforderlich ist, um zu einem **SDI**-System zu kommen. Das heißt: Entwickelt man dieses Waffensystem, muß man in der Konsequenz von einer bestimmten Entwicklungsphase an den begrenzten Teststoppvertrag letztlich ignorieren. Das wäre die Konsequenz.

Im Weltraumvertrag wird verboten, Nuklearwaffen auf natürlichen oder künstlichen Himmelskörpern zu stationieren. Auch dieser Vertrag ist tangiert.

Vor allem aber ist der **ABM**-Vertrag berührt. Er verbietet nicht nur die Einführung und Weitergabe von entsprechenden **ABM**-Systemen im Weltraum. Er verbietet auch bereits die Entwicklung und dann die Produktion und die Einführung von Komponenten solcher Systeme und natürlich auch die Weitergabe solcher Komponenten.

Wenn wir also im vollen Respekt gegenüber vorhandenen Verträgen bleiben wollen, muß bereits die Frage geprüft werden — das ist keine polemische Interpretation, sondern eine völkerrechtlich exakte Interpretation —, ob eine europäische Partizipation, die ja von einem bestimmten Zeitpunkt an die Weitergabe von Komponenten einschließen müßte, gegen den **ABM**-Vertrag verstieße.

Es muß auch gefragt werden, ob nicht bereits die Entwicklung und Erprobung schon Bestandteile von Forschungsprogrammen sind. Denn wie will man die Brauchbarkeit eines neuen Waffensystems erforschen, ohne bereits bestimmte Entwicklungen und Erprobungen zumindest von Komponenten vorzunehmen?

Wenn man die Bedingungen des **ABM**-Vertrages übernimmt, so wie sie in meinen Empfehlungen formuliert sind — das sind keine neue Formulierungen von mir, sondern ich habe lediglich ausgeführt, was diese Formulierung des Ministerrates politisch bedeutet —, und sie inhaltlich ernst nimmt, kann man nicht gleichzeitig — darauf weise ich die Versammlung vor Beginn dieser Debatte hin — eine Beteiligung am **SDI**-Programm von europäischer Seite aus fordern. Beides würde einander widersprechen.

Ich bitte, daß die Versammlung diesen Obligationen des Ministerrates in dieser Frage ihre Unterstützung gibt und nicht diese Obligationen aufzulösen anfängt, so daß eine europäische Identität noch schwieriger herzustellen wäre, als es ohnehin der Fall ist.

Frau Kelly (DIE GRÜNEN): Ich spreche als überzeugte Pazifistin heute das erste Mal zu Ihnen, nicht als Mitglied einer Fünften Kolonne, wie es gestern gesagt worden ist, sondern als jemand, der Militarismus und Verletzung der Menschenrechte in Ost und West gleichermaßen verurteilt. Aus diesem Blickwinkel fand ich es sehr bedrückend, ge-

stern in manchen Reden dieser fast ohnmächtigen Versammlung immer wieder den Ton des Kalten Krieges zu vernehmen.

Wir müssen ganz klar und deutlich machen — ich bin ja hier allein; wir haben keine politische Gruppe hinter uns —: Das **Europa**, das wir uns vorstellen, umfaßt nicht nur den Westen des Kontinents, sondern muß auch jene Länder einschließen, die durch die tragische und fortdauernde Blockkonfrontation von ihren natürlichen Nachbarn auf unnatürlichste Weise getrennt werden. Wir fordern eine Politik im Rahmen der europäischen Institutionen, die auf eine gewaltfreie Überwindung dieser Trennung abzielt, anstatt sie durch den Ruf nach mehr atomarer und konventioneller Rüstung und europäische Teilnahme an aberwitzigen Rüstungsprogrammen, wie z. B. am sogenannten SDI-Vorhaben, weiter zu verfestigen.

Den Bürgern Europas, entnervt über Butter- und Milchberge, soll Europa über die militärische Integration schmackhaft gemacht werden. „Europäisierung der Sicherheitspolitik“, dieser Begriff soll vernünftigen Westeuropäern schmeicheln, die sich von den beiden Supermächten emanzipieren wollen. Doch dieser Begriff verdrängt die militaristische Vergangenheit Westeuropas und den Kolonialismus. Dieser Begriff der „Europäisierung“ ist kein Ausweg aus dem Rüstungswettlauf, aus der Politik der selbstmörderischen Abschreckung. Dieser Begriff ist Fortführung der alten Politik im europäisierten Gewande.

Wenn man mehr Verantwortung für die Verteidigung Europas übernehmen will — und die Frage ist ja: welche Verteidigung eigentlich? —, so kann das nicht einfach heißen: noch mehr Aufrüstung, so kann das nicht heißen, daß die Bundesrepublik nun die Anschaffung von Flugkörpern anstrebt — von mehr als 70 km Reichweite, auch sogar bis zu 600 km Reichweite —, die nach den alten WEU-Rüstungsbeschränkungen verboten waren. Nun wird auch schon die Entwicklung eines solchen Abstandsflugkörpers größerer Reichweite bis zu 600 km legitimiert.

Wir halten nichts von einem europäischen Europa, das sich seine Autonomie, seine Selbstbehauptung, seine Souveränität, seine Eigenständigkeit lediglich — nuklear wie konventionell — errüstet. Der Ruf von Giscard d'Estaing im Sommer 1984 wie auch der Ruf von christlichen Politikern in Europa nach einem Rat der europäischen Hauptquartiere und einer europäischen Truppe der grünen Helme macht uns Sorgen; ebenso der Ruf mancher konservativer Politiker, die für eine Zusammenlegung der britischen, französischen und amerikanischen Nukleararsenale eintreten, für ein einheitliches Kommando eines europäischen nuklearen Verteidigungsrates, an dem die Bundesrepublik, die angeblich eine Politik des Nuklearverzichts betreibt, beteiligt werden soll.

Gerade in diesem Kreis der vielen Männer und der hochdotierten WEU-Beamten, die für ihre Arbeit hier sehr viel bezahlt bekommen, sollte die Frage diskutiert werden, ob nun über die Konzeption und

über die Verwirklichung einer Europäischen Union, einer wiederbelebten WEU, durch die Hintertür, auch eine **europäische Atomstreitmacht** möglich gemacht werden soll.

Mich bedrückt sehr, was man gerade in diesem Saal unter dem Begriff Revitalisierung, Wiederbelebung der WEU versteht. Im Dokument über den Stand der europäischen Sicherheit von Dr. Miller spricht man von den Anstrengungen zur Schaffung einer echten europäischen Verteidigungsindustrie, und man betont die Erfolge der internationalen Rüstungskoooperation. Dabei werden Projekte mit bundesdeutscher Beteiligung genannt, die bis vor kurzem noch unter die WEU-Herstellungsverbote gefallen sind.

Man vertrat die Ansicht, daß das Raumfahrtpotential in der künftigen Kriegsführung eine Schlüsselrolle spielen wird. Welch glatter Hohn: Zivile Raumfahrt hat auch einen Teil bei der Kriegsführung zu spielen.

Man ist als Parlamentarische Versammlung bestrebt, die industrielle Zusammenarbeit auf dem Gebiet der militärischen Nutzung des Weltraums zu harmonisieren — das war eine Empfehlung dieses Hauses — und eine westeuropäische Rüstungskontrollpolitik zu entwickeln. Und man möchte durch alle notwendigen Maßnahmen innerhalb des Vertragsgebietes die Verlegung von Streitkräften eines beliebigen NATO-Landes nach außerhalb dieses Gebietes ermöglichen. Welcher Hohn mit „Friedenspolitik“ wird hier betrieben im Falle — so steht es hier — von Entwicklungen außerhalb des NATO-Gebietes, die ihre lebenswichtigen Interessen betreffen!

Man setzt sich für eine verstärkte Rüstungszusammenarbeit der westeuropäischen NATO-Staaten untereinander ein, besonders für die französische und westdeutsche Rüstungsindustrie, für deren Konzerne. Man versucht, neue Absatzmärkte unabhängig von den Vereinigten Staaten zu finden, um sich gegenüber der Dritten Welt konkurrenzfähiger zu machen. Mit Frieden hat dies nichts zu tun.

Wenn ich die Seite 23 des Berichts von Herrn van der Sanden richtig verstehe, soll auch der Neutralitätsstatus Irlands aufgeweicht werden. Sämtliche EG-Länder sollen in die europäischen Sicherheitsorgane eintreten.

Wenn hier von Wiederbelebung der WEU gesprochen wird — ich komme damit zum Ende —, so meine ich — das muß man ehrlich sagen —, daß die **originären Funktionen der WEU** endlich einmal aufgedeckt werden müssen.

Deswegen muß man fragen, ob das Rüstungskontrollamt der WEU bis jetzt überhaupt Arbeit geleistet hat. — Ich komme zum Schluß, möchte aber diesen Gedanken noch zu Ende führen. — Die im WEU-Vertrag vorgeschriebene **Kontrolle der britischen und französischen Atomwaffen**, deren zahlenmäßiger Bestand vom WEU-Rat festgesetzt werden sollte, wurde ohnehin nie ausgeübt. Obwohl die britischen und französischen Atomwaffen seit Ver-

tragsschluß im Oktober 1954 vervielfacht wurden, hat es, völlig vertragswidrig, auch nicht eine einzige Abstimmung darüber im WEU-Rat gegeben. Obwohl dieses Rüstungskontrollamt der WEU die Bestände der nicht-NATO-gebundenen Streitkräfte überprüfen soll, ist eine Offenlegung der französischen Bestände und Armeeumstrukturierungspläne sowie der Bildung einer Schnellen Eingreiftruppe nach dem Rückzug Frankreichs aus dem militärischen Teil der NATO nie erfolgt. So sollte man, glaube ich, sehr ehrlich von der Rolle der WEU in der Vergangenheit sprechen, die fast überhaupt keine Rüstungskontrolle ausgeübt hat auf den Gebieten, wo eine Verifikation sehr notwendig war. Diese Ehrlichkeit muß dieses sogenannte Hohe Haus hier haben. Bevor die WEU von der Wiederbelebung ihrer Funktion spricht, sollte sie erst einmal die Funktion, die sie gehabt hat, wahrnehmen.

Dr. Müller (CDU/CSU): Herr Vorsitzender! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Als im Herbst des Jahres 1984 die Versammlung und der Ministerrat der WEU sich in Rom trafen, um neue Möglichkeiten für die Westeuropäische Union zu überlegen, da waren bei vielen Hoffnungen vorhanden, daß tatsächlich eine neue Entwicklung eintreten könnte. Allerdings ist dieser Hoffnung inzwischen in einem großen Maße Skepsis gefolgt, da, wenn wir etwa das Kommuniqué der letzten Sitzung des Ministerrats in Bonn betrachten, nicht ganz deutlich wird, was diese Westeuropäische Union eigentlich sein soll. Man hat gelegentlich das Gefühl, daß es Kommuniqués gibt, die von einer gewissen — ich möchte das bayerisch formulieren — „Gschaftelhuberei“ getragen sind und die eine Sprache benutzen, die man einmal als das „UN-Versammlungs-Deutsch“ bezeichnet hat.

Auch die Informationen, die uns als Versammlung gegeben werden, sind nicht so umfangreich, wie das zu erwarten wäre. Der Kollege van der Sanden hat schon darauf hingewiesen, daß etwa der 30. Bericht im wesentlichen eine Aufzählung von Ereignissen darstellt, die genauso von einem Historiker notiert werden könnten, und daß über die Sitzungen am 11. Februar und am 1. März 1985 keinerlei Informationen gegeben wurden.

Wenn wir wirklich eine **Belebung der Westeuropäischen Union** wollen, eine Neuinterpretation des Selbstverständnisses, dann kommt es ganz entscheidend darauf an, diese Versammlung zu stärken, das parlamentarische Element zu stärken, denn es besteht meiner Ansicht nach heute in Europa die große Gefahr, daß über gemeinsame Verteidigungspolitik in Europa weder in den nationalen Parlamenten noch in einer übernationalen Versammlung wie der der WEU entsprechend diskutiert und entschieden wird.

Meine Damen und Herren, es wird immer wieder darauf hingewiesen, daß es ja auch andere Möglichkeiten gebe, etwa im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft, über diese Fragen zu sprechen. Ich bezweifle das. Ich bezweifle das deswegen, weil in der Europäischen Gemeinschaft drei Länder vertreten

sind, nämlich Griechenland, Irland und Dänemark, die in diesen Fragen andere Standpunkte einnehmen als die sieben Länder, die in der WEU zusammengeschlossen sind. Deswegen erscheint es mir von außerordentlicher Bedeutung, das Gewicht dieser Versammlung zu stärken, damit diese Versammlung das verwirklichen kann, was einmal vom amerikanischen Präsidenten Kennedy als die zweite Säule des NATO-Bündnisses, nämlich die europäische Säule, so sehr betont wurde. Das kann aber nicht eine Säule von Hauptquartieren und Generalen, eine Säule von Regierungen und Ministern sein. Da es sich im Falle der NATO um ein Bündnis demokratischer Länder handelt, muß es ganz entscheidend darum gehen, daß die parlamentarische Verantwortung herausgestrichen wird.

Ich darf deswegen das unterstützen, was Kollege Scheer über die finanzielle Ausstattung dieser Versammlung sagt, was der Kollege van der Sanden über die Art sagt, wie Fragen dieser Versammlung beantwortet werden. Hier bestehen große Chancen, diese Versammlung mit mehr Rechten und mehr Möglichkeiten auszustatten.

Lassen Sie mich noch ein paar Bemerkungen zum Kollegen Scheer machen. Leider ist es wegen der Kürze der Zeit nicht möglich — wir haben nur fünf Minuten, während er über 25 Minuten gesprochen hat; auch das war nicht ganz korrekt, da muß ich Frau Kelly unterstützen —, im Detail darauf einzugehen. Ich möchte aber dringend davor warnen, die extensive Interpretation, die Kollege Scheer etwa zum **ABM-Vertrag** vorgenommen hat, von dieser Versammlung her zu übernehmen. Wir würden uns hier auf einen gefährlichen Pfad begeben. Wenn wir das so täten, könnten wir jegliche Computerforschung z. B. bei den Firmen Siemens oder Philips in der Bundesrepublik oder den Niederlanden sofort einstellen, weil es angeblich gegen bestimmte Verträge verstößt. Ich habe nach dem, was der Kollege Scheer sagte, die große Sorge, daß die Europäer, auch die Versammlung der Westeuropäischen Union, nicht erkennen, welche große Herausforderung der amerikanische Vorschlag der Forschung auf dem SDI-Gebiet darstellt. Ich sagte schon, das im Detail zu diskutieren, würde jetzt zu weit führen. Ich möchte nur diese Bedenken notifiziert haben, weil wir sicher darauf zurückkommen werden.

Leider muß ich auch eine Bemerkung zu der Kollegin Kelly machen. Ich finde es schade, daß die Kollegin Kelly nicht länger sprechen konnte, denn es war ein Anschauungsunterricht für viele unserer Kollegen, die die Entwicklung in der Bundesrepublik so, wie sie, verglichen mit allen europäischen Ländern, speziell in der Bundesrepublik abgelaufen ist, nicht erleben können. Wenn ich an den Bericht unseres sozialistischen Kollegen Lagorce denke, der von der Gefährdung der Sicherheit Europas durch den Wertneutralismus in der Bundesrepublik gesprochen hat, dann haben Sie das in den Ausführungen der Kollegin Kelly ad oculos demonstriert bekommen, etwa wenn die Frage gestellt wird, was überhaupt zu verteidigen ist, wenn Fragen gestellt werden mit den alten Phrasen von Kolonialismus und Militarismus.

Ich möchte hier nicht in die Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges eintreten — wir kennen das ja alle —, wer diesen Weltkrieg in Wirklichkeit verschuldet hat. Es waren nicht so sehr die Militaristen, sondern diejenigen, die die Militaristen nicht ernst genommen haben. Diese Situation, liebe Freunde, gibt es auch heute. Es wäre eine große Gefahr, wenn die Versammlung der Westeuropäischen Union die Bedrohungen der Freiheit nicht ernst nehmen würde. Weil diese Bedrohung vorhanden ist, ist es von großer Wichtigkeit und Bedeutung, diese Parlamentarische Versammlung zu stärken, damit sie diesen Aufgaben gerecht werden kann.

Antretter (SPD): Herr Präsident, die Berichte der Kollegen van der Sanden und Scheer gehen auch auf das Ergebnis der WEU-Ministerratssitzung vom April dieses Jahres in Bonn ein. Auch der amtierende Präsident hat einiges dazu gesagt. Auch wenn manches an dieser Ministerratssitzung zwiespältig und auch unbefriedigend gewesen ist, sind doch gewisse Vereinbarungen getroffen worden, die unsere positive Würdigung verdienen sollten. Begrüßenswert ist zweifellos beispielsweise die Bildung eines Instituts für Rüstungskontrolle und Abrüstung in der WEU-Organisation.

Bedenken müssen wir aber anmelden, wenn die Zweibahnstraße der **Rüstungskooperation zwischen USA und Europa** mehr als Wunschtraum denn als Realität beschrieben wird. Denn es ist doch Tatsache, daß für je 7 Dollar, mit denen die westeuropäischen NATO-Staaten Rüstungsgüter in den USA kaufen, die USA umgekehrt nur für 1 Dollar Rüstungsgüter in Westeuropa kaufen. Deshalb brauchen wir zunächst eine verstärkte Zusammenarbeit der westeuropäischen NATO-Staaten untereinander. Die neue WEU muß also die amerikanische Herausforderung offensiv annehmen. Sie darf nicht einfach jene europäische NATO sein, die — wenn es beispielsweise nach Henry Kissinger geht — die Verteidigung des europäischen Kontinents sozusagen selbst in die Hand nehmen soll. Die **militärische Lastenteilung** — so sein ständiges Argument — müsse endlich fair geregelt werden. Dies heißt ja wohl im Klartext, daß wir Westeuropäer noch mehr für Rüstung zahlen und unsere sozialen Leistungen noch stärker kürzen sollten.

Herr Präsident, solche rüstungspolitischen Kooperationen müssen wir zweifellos kritisch sehen. Unsere skeptische Haltung in der Bundesrepublik wurde übrigens durch die jüngste Auseinandersetzung um die Einführung des amerikanischen Freund-Feind-Erkennungssystems gestärkt. Wir müssen auch in der WEU aufpassen, daß die Europäisierung der Sicherheitspolitik nicht dazu mißbraucht wird, einen neuen Aufrüstungswettkampf, sozusagen zur dritten Supermacht Europa, zu starten.

Wir Sozialdemokraten sind deshalb dafür, die französischen Vorschläge zu einer intensiven **technologischen Zusammenarbeit der Westeuropäer**, die Präsident Mitterrand auf der WEU-Tagung und beim Wirtschaftsgipfel noch einmal eindeutig un-

terstrichen hat, positiv zu prüfen, nach Möglichkeit aufzugreifen und nachdrücklich zu verfolgen. Übrigens, auch das Programm der EG-Kommission zielt ja in diese Richtung.

Heute ist vieles über **SDI** gesagt worden, aber immer im Zusammenhang mit anderen Berichten. Es wäre sehr hilfreich gewesen, wenn die Versammlung Gelegenheit gehabt hätte, das Thema SDI im Rahmen eines eigenständigen Berichts zu erörtern. Ich glaube, damit hat die Versammlung eine Chance vertan, weil wir uns nicht jede Woche sehen können und weil der nächste Zeitpunkt für eine europäische Verständigung schon zu spät sein kann. Was die amerikanische Strategische Initiative an konkreten Forschungsergebnissen bringen wird, vermag heute noch niemand zu sagen, von den militärstrategischen Risiken, die unbestritten sind, einmal ganz abgesehen. Deshalb, meine ich, tun wir gut daran, zurückhaltend zu bleiben und weiterhin für eine gemeinsame Antwort der Europäer in WEU und EG zu arbeiten. Die Westeuropäer müssen jedenfalls — soviel scheint festzustehen — genügend finanzielle Ressourcen einsetzen, um notwendige Verbesserungen der konventionellen Verteidigungsfähigkeit in der NATO zu schaffen. Daher rät ja sogar General Rogers den Europäern, von einer massiven Beteiligung am SDI-Programm Abstand zu nehmen.

Ich darf einfügen: Meine Partei hat schon im Jahre 1979 auf ihrem Berliner Parteitag Verhandlungen zwischen den Weltmächten vorgeschlagen mit dem Ziel, diese Weltraumwaffen zu ächten. Die Sowjetunion, die heute sogar ein Forschungsmoratorium vorschlägt, obgleich sie selbst seit Jahren auf dem Gebiete der Weltraumrüstung intensiv forscht, hat diesen Vorschlag damals nicht aufgegriffen. Ihre Kampagne gegen die Militarisierung begann im Grunde erst, als sich ein künftiger Vorsprung der Vereinigten Staaten auf diesem Gebiet abzuzeichnen begann.

Nunmehr hat der amerikanische Präsident die Entwicklung einer Strategischen Verteidigungsinitiative zu einer zentralen Aufgabe des Bündnisses erklärt. Ich meine, so wie wir die Sowjetunion stets wegen ihrer Hochrüstung kritisiert haben, können wir auch das amerikanische Programm einer Strategischen Verteidigungsinitiative nicht unwidersprochen hinnehmen. Es kommt besonders darauf an, daß wir eine gemeinsame europäische Antwort finden — ich betone dies: eine gemeinsame europäische Antwort —, die außerhalb der militärischen Weltraumzusammenarbeit liegt. Ich meine, wir sollten uns dabei vor allem daran erinnern, daß die Europäer vor der Aufstellung der Pershing II und der Marschflugkörper diese Fragen nie miteinander beraten haben, obwohl es einen entsprechenden Vorgang des damaligen Präsidenten Giscard d'Estaing gegeben hat. Ich denke, diesen Fehler sollten wir bei SDI nicht wiederholen. Ich sage noch einmal: Die Parlamentarische Versammlung hätte heute eine gute Chance gehabt, ihn zu vermeiden.

Ich komme zum letzten Punkt, Herr Präsident, und meine, wir sollten auch nicht eine sich selbst erfül-

lende Prophezeiung aussprechen. Europa darf sich nicht einreden lassen, wir seien die Fußkranken der Technologieentwicklung. In vielen Bereichen ist westeuropäische Forschung und Technologie in der Welt führend. Wir haben keinen Grund, die Erfolge in technologischen Schlüsselbereichen wie Flugzeugbau, Sensortechnik, Optik oder bei den Werkstoffen zu verstecken. Es ist sonderbar, jene, die sagen, wir müßten SDI mitmachen, um den technologischen Anschluß nicht zu verlieren, gestehen gleichzeitig zu, wenn sie mit amerikanischen Politikern gesprochen haben, daß es den Amerikanern darum geht, an europäischem Know-how zu partizipieren.

Zur Selbstbehauptung Europas gehört dann allerdings auch, meine Damen und Herren, daß wir uns gegen die Einschränkungen des **Technologietransfers** durch die Amerikaner entschieden zur Wehr setzen. Restriktionen des Handels mit Osteuropa und Protektionismus zur Abschottung des eigenen Binnenmarktes müssen ebenfalls in der WEU zur Sprache gebracht werden. Wenn Versammlung und Rat eng zusammenarbeiten, kann eine — ich bediene mich der Worte meines Kollegen Scheer — mögliche künftige Vitalität der WEU in jeder Beziehung fruchtbar werden. Alle Versuche jedoch, eine europäische Atommacht aufzubauen, müssen auf unseren Widerstand stoßen. Es bedarf parlamentarischer Kontrolle und weiterer Demokratisierung der Sicherheitspolitik, wenn die WEU tatsächlich, wie der amtierende Präsident dies heute mehrmals gesagt hat, eine eigenständige europäische Kraft zur Stärkung des Atlantischen Bündnisses werden soll.

Dr. Scheer (SPD): Herr Präsident, ich fasse mich in meiner Antwort ganz kurz, gehe nicht auf alle Redner ein und versuche, auf die Redner mit jeweils einem oder zwei Sätzen einzugehen.

Zunächst zu Herrn Wilkinson, der leider nicht mehr da ist, der hervorgehoben hat, daß sich Amerika besser fühle, wenn es das **SDI-Projekt** verwirkliche, was einen Vorteil für Europa und den amerikanischen Verteidigungsbeitrag in Europa mit sich bringe. Ich glaube, daß viel Wunschdenken dahinter steckt, denn das SDI-Programm wird so viel kosten, daß man die Warnungen etwa von General Rogers und vielen amerikanischen Senatoren heute schon berücksichtigen muß, die sagen, dieses gehe zu Lasten des konventionellen Verteidigungsbeitrags der Vereinigten Staaten von Amerika, und dieses werde Auswirkungen auf Europa haben. Dieses muß man bedenken und darf es nicht einfach in politischer Leichtfertigkeit vorübergehen lassen.

Herr Kollege Müller, der leider auch nicht mehr da ist, hat gesagt, daß man die **ABM-Verträge** nicht so streng auslegen solle. Dieses kann ich nicht teilen. Was den Technologietransfer anbetrifft, so verweise ich auf die Problematik, die Minister Genscher hierzu erläutert hat. Die Problematik besteht in der Gefahr, daß europäische Technologie abgesaugt wird, wenn man partizipiert und ohne politische Bedingungen alles mitmacht. Man muß das so deutlich

formulieren und durch eigene Entscheidungen absichern. Das geht bis zu den Außenwirtschaftsregelungen der Europäischen Gemeinschaft.

Herr Kollege Antretter hat auf die amerikanische Diskussion über die Lastenverteilung hingewiesen. Von unserer Seite ist in diesem Zusammenhang darauf hinzuweisen, daß hinsichtlich des eigentlichen NATO-Verteidigungsbeitrages in Europa — darüber gibt es viele Quellen in britischen Weißbüchern und woanders — festgestellt werden kann, daß der europäische Verteidigungsbeitrag bei Schiffen, Flugzeugen und Panzern jeweils zwischen 70 und 85 % liegt, so daß die Europäer bei einer NATO-Lastenverteilung nicht so schlecht dastehen, wie es manche amerikanische Quellen sagen. Man muß das immer wieder hervorheben und natürlich auch auf die Risikolast der europäischen Staaten hinweisen.

Der Kollege Blaauw, der noch da ist — herzlichen Dank, das ist die parlamentarische Disziplin —, hat eine Verbindung zwischen SDI und einer entsprechenden europäischen Antwort aufgezeigt. Ich sage und wiederhole meine Ausführungen von heute morgen, daß die Priorität bei den Versuchen liegt, in Genf zu einem Vertrag über die Begrenzung der **Weltraumrüstung** und damit zu einem Verzicht auf die aktive Weltraumrüstung zu kommen. Dieses ist um so eher notwendig, Kollege Blaauw, je mehr die Aussagen stimmen würden, daß die Sowjetunion teilweise bereits erhebliche Schritte in Richtung auf aktive Weltraumrüstung, Forschung und Entwicklung gegangen ist. Je weiter die Sowjetunion ist, desto eher müssen wir ein Interesse an einem rechtzeitigen vertraglichen Übereinkommen haben. Was die europäische Entwicklung anbelangt, sehe ich die Abwehrprobleme gewissermaßen als komplementäre Einrichtung zu einem amerikanischen SDI-Projekt. Je schöner die Abwehrmöglichkeiten theoretisch klingen, desto problematischer und wahrscheinlicher auch desto kostspieliger werden sie, insbesondere, wenn man es bei einer einigermaßen plausiblen Sicherheitsgewährleistung mit ganz kurzen Vorwarnzeiten zu tun hat. Das heißt, in Europa, wo man es hinsichtlich der SS 21, 22 und 23 teilweise nur noch mit Vorwarnzeiten von einhalb bis drei Minuten zu tun hat, muß die absolute Priorität bei einem **Rüstungskontrollansatz** liegen, der solche Waffen mit solch kurzen Vorwarnzeiten aus Europa entfernt, statt sie zu akzeptieren und sich um ein Abwehrsystem zu bemühen. Dieses muß Priorität haben, und es wird nur dann politisch erreichbar sein — das ist mein letzter Satz, und ich hoffe, Herr Präsident, daß ich mich kurz genug gefaßt habe —, wenn die westeuropäischen Staaten diese existentielle Bedrohung auf dem Verhandlungswege beseitigen. Die SS 22 ist für mich eine erheblich stärkere Bedrohung als die SS 20. Die westeuropäischen Staaten müssen einen eigenen Rüstungskontrollmechanismus entwickeln, in Anlehnung an das, was sie im Bericht im Dezember mit empfohlen hatten und was auch ich mit unterstützt hatte. Das dürfen wir nicht vergessen.

Das war meine Antwort.

Empfehlung 420

**betr. neue Perspektiven für die WEU-Antwort
auf den 30. Jahresbericht des Rates**

Die Versammlung

- (i) nimmt den 30. Jahresbericht des Rates, die Erklärung von Rom vom 27. Oktober 1984 und das Bonner Communiqué vom 23. April 1985 zur Kenntnis;
- (ii) stellt fest, daß die Informationen, die der Rat der Versammlung damit über seine Aktivitäten geliefert hat, unvollständig und unzureichend sind;
- (iii) stellt fest, daß die vom Ratsvorsitz organisierten Aktivitäten in beträchtlichem Maße ausgebaut worden sind, und der Rat aufgrund des Brüsseler Vertrages verpflichtet ist, die Versammlung darüber zu informieren, daß das derzeitige Verfahren jedoch unzulänglich ist;
- (iv) stellt fest, daß die von den Vereinigten Staaten an die europäischen Staaten ergangene Aufforderung zur Teilnahme am Forschungsprogramm der Strategischen Verteidigungsinitiative in Europa viele Fragen aufwirft;
- (v) unterstreicht, daß die Aktivitäten der Versammlung einen wichtigen Beitrag zum Zusammenhalt der europäischen Völker im Bereich ihrer gemeinsamen Sicherheit leisten und daher zu einer Abschreckung der gegen das westliche Verteidigungssystem gerichteten destabilisierenden Aktionen beitragen;
- (vi) erinnert daran, daß die Versammlung die ihr in der Erklärung von Rom übertragene Rolle nur dann erfüllen kann, wenn sie vom Rat genaue Informationen erhält und mit ihm in zufriedenstellender Weise zusammenarbeiten kann; wenn die für ihre Tätigkeit erforderlichen materiellen Voraussetzungen gegeben sind und wenn sie ihre absolute Unabhängigkeit gegenüber dem Rat, insbesondere im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit, bewahrt;
- (vii) begrüßt die Initiative des Ausschusses für die Beziehungen zu den Parlamenten zur besseren Unterrichtung der Parlamente der Mitgliedstaaten über die Folgen der Reaktivierung der WEU;
- (viii) erinnert daran, daß allein die nationalen Delegationen in der Lage sind, diesen Bemühungen die notwendige Kontinuität zu verleihen;
- (ix) begrüßt, daß der Rat seinerseits beschlossen hat, die Öffentlichkeit über seine Tätigkeit zu informieren, erinnert aber daran, daß die Versammlung für Informationen über ihre eigene Arbeit weiterhin allein zuständig ist;
- (x) begrüßt die unternommenen Anstrengungen zur Neubelebung der WEU, weil sie darauf abzielen, den europäischen Ländern ein Forum zu geben, wo sie Fragen ihrer Sicherheit und Verteidigung unter sich erörtern können;

- (xi) begrüßt die Beschlüsse des Rates, die Bemühungen der Vereinigten Staaten um den Abschluß eines Abkommens mit der Sowjetunion über die Rüstungsbegrenzung zu unterstützen, seine eigenen Bemühungen um eine koordinierte Reaktion der sieben Regierungen auf die Strategische Verteidigungsinitiative fortzusetzen und die Bedeutung zu unterstreichen, die er der Einhaltung der Verpflichtungen nach den geltenden Verträgen beimißt;
- (xii) erinnert daran, daß die Bewerbung Portugals um einen Beitritt zur WEU völlig dem gemeinsamen Interesse der Länder Westeuropas und den in der Erklärung von Rom festgeschriebenen Richtlinien der WEU entspricht;

empfiehlt dem Rat,

1. seine Arbeiten weiterhin zuverlässig auszuführen, bis er eine kollektive Antwort der sieben Regierungen auf die amerikanische Einladung zur Mitwirkung an dem Forschungsprogramm der Vereinigten Staaten im Rahmen der Strategischen Verteidigungsinitiative erreicht hat;
2. eine uneingeschränkte Beteiligung des amtierenden Ratsvorsitzenden an der gesamten parlamentarischen Debatte über die Antwort der Versammlung auf den Jahresbericht des Rates sicherzustellen, damit er vor allem seine Meinung über den von der Versammlung erörterten Bericht des Politischen Ausschusses mitteilt;
3. der Versammlung einen Bericht des amtierenden Ratsvorsitzenden über die Aktivitäten des Ratsvorsitzes zusammen mit dem Bericht des Ständigen Ausschusses über die Organisation vorzulegen;
4. dafür Sorge zu tragen, daß die Versammlung über die gesamten gemeinsamen Aktivitäten der Sieben, einschließlich der Tagungen der Verteidigungsminister und der vom Ratsvorsitz organisierten Sitzungen, tatsächlich informiert wird;
5. die Öffentlichkeit und die Presse über seine eigenen Aktivitäten zu informieren;
6. unverzüglich die Aufgaben der drei Agenturen, deren Gründung er beschlossen hat, zu definieren, damit vor allem die Versammlung entsprechende Maßnahmen ergreifen kann;
7. über die Bewerbung Portugals um den Beitritt zur WEU sobald wie möglich gemäß Artikel XI des geänderten Brüsseler Vertrages eine positive Entscheidung zu treffen.

Empfehlung 421

**betr. die Anwendung des Brüsseler Vertrages —
Antwort auf den 30. Jahresbericht des Rates**

Die Versammlung

- (i) begrüßt die jüngsten Schritte des Rates zur Verwirklichung der Forderung der Versammlung nach einer Anpassung der WEU an die Erfordernisse der 80er Jahre;

- (ii) würdigt die erfolgreiche Arbeit der Rüstungskontrollbehörde in den vergangenen 30 Jahren, die zur derzeitigen Solidarität in Europa beigetragen hat;
- (iii) begrüßt insbesondere die am 27. Oktober 1984 angenommene Erklärung von Rom, in der alle Fragen der europäischen Sicherheit, die im WEU-Rat erörtert werden müssen, aufgeführt werden und in der eine Reorganisation der ministeriellen Organe der WEU vorgesehen wird, damit dem Rat und der Versammlung Einrichtungen zur Prüfung dieser Fragen zur Verfügung stehen;
- (iv) begrüßt das anlässlich der WEU-Ministerratstagung am 22. und 23. April in Bonn veröffentlichte Kommuniqué und die darin angesprochenen Themen, die zeigen, daß die Minister Fragen der europäischen Sicherheit, der Abrüstung, der Zusammenarbeit und Forschung im Bereich der Rüstung und die Schaffung einer Technologiegemeinschaft innerhalb der Europäischen Gemeinschaften erörterten;
- (v) begrüßt insbesondere das in dem Kommuniqué hervorgehobene Erfordernis von „Übereinkünften, die auf die Beendigung des Rüstungswettlaufs auf der Erde und auf die Verhinderung eines Rüstungswettlaufs im Weltraum abzielen“ und die Bedeutung, die „der Einhaltung bestehender vertraglicher Verpflichtungen“ beigemessen wird;
- (vi) begrüßt die Einrichtung der drei Agenturen für Sicherheitsfragen als Zeichen für die Entschlossenheit des Rates, sich allen vorgenannten Fragen weiterhin tatkräftig zu widmen;
- (viii) fordert eine vollständige und kontinuierliche Verwirklichung der Bestimmungen der Erklärung von Rom;

empfiehlt dem Rat

- 1. alle wichtigen Probleme der europäischen Sicherheit auf der Ebene der Ständigen Vertreter und auf Ministerebene kontinuierlich zu untersuchen;
- 2. insbesondere die Entwicklung hinsichtlich aller noch offenen Fragen der Rüstungskontrolle und Abrüstung zwischen Ost und West weiterhin ständig zu verfolgen und dabei den Verhandlungen in multi- und bilateralem Rahmen gleichermaßen Beachtung zu schenken, mit dem Ziel, sich auf eine gemeinsame Position in folgenden Bereichen zu einigen:
 - a) Präsident Reagans Strategische Verteidigungsinitiative und eine Antwort auf die von Verteidigungsminister Weinberger angebotene Beteiligung der Bündnispartner, um ein Wettrüsten im Weltraum zu verhindern und die Einhaltung bestehender vertraglicher Verpflichtungen sicherzustellen;
 - b) Vertrag über ein Verbot chemischer Waffen, über den in der Genfer Abrüstungskonferenz unter Beteiligung von 40 Nationen verhandelt wird;

- c) Generalsekretär Gorbatschows Erklärung über ein sechsmonatiges einseitiges Einfrieren der Dislozierung sowjetischer nuklearer Flugkörper in Europa;
 - d) ein umfassendes Verbot von Kernwaffenversuchen und das angebliche sowjetische Angebot, am 40. Gedenktag an Hiroshima ein Moratorium aller Kernwaffenversuche zu akzeptieren;
- 3. die neuen WEU-Agenturen für Sicherheitsfragen mit den Aufgaben zu betrauen, die in dem Bericht des Ausschusses für Verteidigungs- und Rüstungsfragen aufgeführt sind, einschließlich einer Dringlichkeitsstudie über die Kosten der gemeinsamen Produktion von Beobachtungssatelliten durch die Westeuropäische Union, damit eine unabhängige, der Rüstungskontrolle und Sicherheit dienende Aufklärung gewährleistet ist;
 - 4. vorbehaltlich einer Gegenseitigkeitsvereinbarung mit den Warschauer Pakt-Staaten, eine Erklärung über den Umfang der Streitkräfte und — künftig — der Kernwaffen, die auf dem Territorium aller WEU-Länder stationiert sind, als Beitrag zu den vertrauensbildenden Maßnahmen abzugeben;
 - 5. die materiellen Voraussetzungen zu schaffen, damit die neuen Agenturen für Sicherheitsfragen in der Lage sind, die Ausschüsse der Versammlung wirksamer zu unterstützen, als es das Internationale Sekretariat des Ständigen Rüstungsausschusses in der Vergangenheit vermocht hat;
 - 6. angemessene Haushaltsmittel bereitzustellen, um allen WEU-Organen die Ausführung ihrer jeweiligen Aufgaben zu ermöglichen.

Tagesordnungspunkt:

30. Jahresbericht des Rates der WEU

(Drucksache 1006)

Berichterstatter: Außenminister und amtierender Ratsvorsitzender Hans-Dietrich Genscher
(Bundesrepublik Deutschland)

Bundesminister Genscher: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen! Meine Herren! Es ist mir eine Ehre, heute vor die Versammlung der Westeuropäischen Union zu treten, um als Vorsitzender des Rates Bilanz zu ziehen. Ich denke, es war ein erfolgreiches Jahr für die Westeuropäische Union. Im Juni 1984 hat der Rat hier in Paris erste Voraussetzungen für eine bessere Nutzung der Westeuropäischen Union geschaffen.

Auf der Jubiläumstagung in Rom im Oktober 1984 haben wir grundlegende Beschlüsse zur Belebung unserer Organisation gefaßt. Am 22. und 23. April dieses Jahres fand in Bonn die erste reguläre Rats-tagung der vierzehn Außen- und Verteidigungsminister statt, die Ergebnisse von großer politischer

Bedeutung hervorgebracht hat. Nachdem wir in Rom das Fundament für die **Belebung der Westeuropäischen Union** gelegt haben, konnten wir in Bonn den ersten sichtbaren Bauabschnitt errichten.

Das Schlußkommuniqué von Bonn bekräftigt die grundlegenden Ziele, die wir gemeinsam mit der Westeuropäischen Union verfolgen:

1. Die Schaffung einer neuen Dimension im europäischen Einigungsprozeß.
2. Die Stärkung des europäischen Pfeilers der Atlantischen Allianz und damit des Bündnisses in seiner Gesamtheit.

Eine „neue“ Westeuropäische Union hat Gestalt angenommen. Ihre Mitgliedstaaten sind entschlossen, ihre Auffassungen zur konkreten Sicherheitslage in Europa abzustimmen.

Meine Damen und Herren, **Grundlage unserer Sicherheit ist und bleibt das Atlantische Bündnis.** In Rom habe ich dazu am 26. Oktober 1984 gesagt: „So, wie wir im Bündnis ein kraftvolles Amerika brauchen, braucht Amerika ein handlungsfähiges und selbstbewußtes Europa. Nicht die USA sind zu stark im Bündnis, sondern Europa bringt sein Gewicht zu wenig zur Geltung.“

Die Westeuropäische Union versteht sich als die europäische Säule im europäisch-amerikanischen Bündnis. Die Westeuropäische Union stärkt die NATO. Sie bringt die europäische Stimme im partnerschaftlichen Dialog zu Gehör, der die besondere Qualität der Bündnisgemeinschaft mit unseren nordamerikanischen Verbündeten ausmacht. Präsident Reagan hat in Straßburg versichert, daß Amerika „der Einheit Europas verschrieben bleibt“. Seine Worte, „Wir betrachten ein starkes und vereintes Europa auch weiterhin nicht als einen Rivalen, sondern als einen um so stärkeren Partner“, bestätigen, daß unser Werk der gemeinsamen Sache nützt. Das kommt auch in dem erheblichen Verteidigungsbeitrag zum Ausdruck, den die europäischen Staaten zur gemeinsamen Sicherheit Europas und Nordamerikas leisten. Es wird zu den künftigen Aufgaben der Westeuropäischen Union gehören, das auch in der Öffentlichkeit beiderseits des Atlantiks immer wieder bewußt zu machen. Es liegt auch im Interesse des ganzen Bündnisses, daß in unserer Öffentlichkeit keine Unsicherheiten entstehen über die gegenwärtige und die künftige Unverzichtbarkeit unserer Verteidigungsanstrengungen.

Die Erörterungen in Bonn hatten drei Schwerpunkte: 1. europäische Verteidigungsfragen, 2. West-Ost-Beziehungen und ihre Auswirkungen auf Europa in den Bereichen Sicherheit, Rüstungskontrolle und Abrüstung, 3. europäische Zusammenarbeit im Rüstungsbereich.

Bei der Erörterung europäischer Verteidigungsfragen hat der Ministerrat festgestellt, daß angesichts der fortdauernden sowjetischen Aufrüstung die **Abschreckung** auf der Grundlage eines glaubhaften nuklearen und konventionellen Potentials unverzichtbar bleibt. Diese Aussage ist vor dem Hinter-

grund der in der Öffentlichkeit laufenden Strategie-Diskussion von großer Bedeutung.

Die Bündnisstrategie der **flexiblen Reaktion** hat sich als erfolgreiche Strategie der Kriegsverhinderung bewährt. Sie ist moralisch begründet, weil sie den Frieden bewahrt. Sie muß unverändert Gültigkeit behalten, solange es keine bessere Möglichkeit der Kriegsverhinderung gibt. Wir sollten nicht Hoffnungen erwecken, daß solche besseren Möglichkeiten schon bald fertig vorliegen werden.

Meine Damen und Herren, die Welt steht vor neuen Entwicklungen in der Sicherheitspolitik, die für das Schicksal Europas von größter Bedeutung sind. Erfolg oder Nichterfolg der **Rüstungskontrollverhandlungen** zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion werden unmittelbare Auswirkungen auf die Sicherheit Europas haben. Die Frage nach den Möglichkeiten effektiver **strategischer Verteidigung** wird herausragendes Thema der kommenden Jahre sein.

Beide Themen beeinflussen die West-Ost-Beziehungen. Sie betreffen das Verhältnis zwischen den Vereinigten Staaten und Europa. Sie berühren unsere Sicherheit. Die Diskussion im Ministerrat zu Fragen der strategischen Verteidigung hat gezeigt, wie nötig und dringlich die europäische Meinungsbildung in diesem dynamischen strategischen Denkprozeß ist, in dem alle — auch in den USA, und ganz sicher in der Sowjetunion — noch am Anfang stehen.

Die Minister haben die Aufnahme der amerikanisch-sowjetischen Gespräche in Genf begrüßt und ihre Unterstützung für die amerikanischen Bemühungen um Erzielung eines stabileren strategischen Verhältnisses auf einem möglichst niedrigen, ausgewogenen Streitkräfteniveau ausgesprochen. Sie haben die Hoffnung ausgedrückt, daß die Genfer Verhandlungen zu drastischen Verringerungen der amerikanischen und sowjetischen nuklearen Systeme interkontinentalstrategischer und mittlerer Reichweite führen, und sie haben ihre Hoffnung ausgedrückt, daß Übereinkünfte ermöglicht werden, die auf die Beendigung des Rüstungswettlaufs auf der Erde und auf die Verhinderung eines Rüstungswettlaufs im Weltraum abzielen. Diese Feststellungen beziehen sich auf die amerikanisch-sowjetische Vereinbarung vom 8. Januar 1985 über Inhalt und Ziele der Genfer Verhandlungen, die ein Dokument von hoher politischer Bedeutung ist. Das Ziel der Stärkung der strategischen Stabilität ist ein Schlüsselgedanke dieses Dokuments. Es enthält den Kerngedanken eines Konzeptes dauerhafter Friedenssicherung. Es drückt aus, daß im Atomzeitalter verlässliche Sicherheit nicht allein durch autonome Entscheidungen erreicht werden kann, sondern daß im Atomzeitalter verlässliche Sicherheit sicherheitspolitischer Kooperation bedarf. Der in der Genfer Erklärung verankerte Zusammenhang zwischen den Sicherheitsfragen auf der Erde und im Weltraum ist offensichtlich.

Wichtig ist auch der Hinweis der Minister auf die Bedeutung, die sie der Einhaltung bestehender vertraglicher Verpflichtungen beimessen. Der Mini-

sterrat hat beschlossen, daß die Beratungen im Rahmen der Westeuropäischen Union fortgesetzt werden sollen. Ziel dieser Beratungen ist soweit wie möglich eine koordinierte Reaktion der Regierungen der Mitgliedstaaten auf die amerikanische Einladung zur Forschungsbeteiligung, die bisher auf amerikanischer wie auf europäischer Seite noch im Stadium der Erörterung ist. Nach dem Verständnis aller Teilnehmer der Konferenz wollen wir auf nationaler Basis feststellen, welche Möglichkeiten einer Forschungsbeteiligung vorhanden sind. Auf der Grundlage dieser nationalen Bestandsaufnahmen wollen wir in der Westeuropäischen Union die Reaktionen koordinieren. Der Ständige Rat wurde von den Ministern mit der Durchführung dieser Koordinierung beauftragt. Er hat seine Beratungen inzwischen aufgenommen.

Diese Entscheidung des Ministerrates ist ein Beweis, daß die Belegung der Westeuropäischen Union zu konkreten Ergebnissen führt: Wir haben begonnen, gemeinsam zu handeln. Die Dynamik der technologischen Entwicklung darf nicht zu einer Automatik in den sicherheitspolitischen Weichenstellungen führen. Da die europäischen Sicherheitsinteressen identisch sind, wollen wir als europäische Partner der USA auf das Kooperationsangebot koordiniert antworten. Niemand sollte sich singularisieren, und niemand sollte singularisiert werden.

Die im Bonner WEU-Kommuniqué dargelegte Linie entspricht der Haltung der Bundesregierung, wie sie der Bundeskanzler noch einmal am 20. Mai 1985 vor der Nordatlantischen Versammlung unterstrichen hat.

Die Sicherheit Europas darf nicht von der Sicherheit der USA abgekoppelt werden.

Die NATO-Strategie der flexiblen Antwort bleibt solange unverändert gültig, solange keine für die Kriegsverhinderung erfolgversprechendere Alternative gefunden ist.

Konkrete Forschungsergebnisse müssen in kooperative Lösungen einmünden.

Der Bundeskanzler hat ferner auf mehrfache Erklärungen der Vereinigten Staaten hingewiesen, daß sie eine künftige Entwicklung und Aufstellung strategischer Verteidigungssysteme als Teil kooperativer Lösungen mit der Sowjetunion anstreben. Es besteht kein Anlaß, an den Absichten der USA zu zweifeln. Der Bundeskanzler hat klargestellt, daß die Bundesregierung der amerikanischen Anregung folgen und die Möglichkeiten einer eventuellen Zusammenarbeit beim Forschungsprogramm prüfen wird. Unsere Richtschnur bleiben die deutschen und europäischen Interessen und die des Atlantischen Bündnisses. Wir werden unsere Entscheidung auch unter gründlicher Abwägung unserer Interessenlage bei den Bemühungen um ein stabiles West-Ost-Verhältnis treffen.

Breiten Raum nahm im Ministerrat der Gedankenaustausch über die weltweite **Beschleunigung der technologischen Entwicklung** ein. Die Ausgangslage stellt sich wie folgt dar:

1. Europa verdankt seine wirtschaftliche Kraft und seinen Wohlstand der Tatsache, daß es stets eine Spitzenstellung in der industriellen Entwicklung eingenommen hat.
2. Die USA und Japan haben gegenüber Europa in einer Reihe von Bereichen einen erheblichen Vorsprung erlangt.
3. Europa ist gleichwohl zu Spitzenleistungen fähig, wenn es seine Kräfte bündelt. Beweise sind Airbus, Ariane, Spacelab.
4. Diese Anstrengungen reichen jedoch bei weitem nicht aus, um den technologischen Herausforderungen der Zukunft zu begegnen.

Europa kann sich einen Rückstand in der Entwicklung der Hochtechnologie nicht leisten. Europa darf nicht zum Lizenznehmer und zum Zulieferer verkümmern. Europa muß seine technologischen Kapazitäten bündeln, um ein gleichwertiger Partner der USA zu sein.

Auf die weltweite technologische Herausforderung müssen wir eine europäische Antwort geben.

Wir haben daher im Rahmen unserer Beratungen eingehend über den französischen Vorschlag für eine enge europäische Zusammenarbeit im Bereich der Hochtechnologie gesprochen. Die sechs Partnerstaaten sind mit Frankreich einer Meinung: Europa muß die eigenen technologischen Kapazitäten mit dem Ziel der Schaffung einer Technologie-Gemeinschaft stärken.

Diese angestrebte Konzertierung der Anstrengungen von sieben Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft entspricht Bemühungen, die schon im Rahmen der EG zum Thema Technologie unternommen werden. Der Ad-hoc-Ausschuß für institutionelle Fragen hat dem letzten Europäischen Rat die Schaffung einer **europäischen Technologie-Gemeinschaft** vorgeschlagen. In dem entsprechenden Bericht heißt es — ich zitiere —: „Die ... Wachstumskapazität Europas muß unter anderem auf eine vorbehaltlose Mitwirkung an der technologischen Innovation aufbauen und zur Schaffung einer Technologie-Gemeinschaft führen. Dadurch soll die europäische Industrie in die Lage versetzt werden, im Bereiche der Produktion und Anwendung der Spitzentechnologie auf dem Weltmarkt voll wettbewerbsfähig zu werden.“

Als nächster wichtiger Schritt sind zunächst die Forschungsfelder und -projekte zu definieren, die in einer Technologie-Gemeinschaft gefördert werden sollen. Doppelarbeit ist zu vermeiden, die knappen Ressourcen sind optimal einzusetzen. Die verschiedenen Initiativen müssen auf bereits laufende Programme, wie zum Beispiel im Rahmen der ESA, abgestimmt werden. Die vor uns liegenden Aufgaben sind groß. Dennoch bin ich zuversichtlich, daß wir eine europäische Lösung finden werden.

Die Minister waren sich auf ihrer Bonner Tagung darin einig, daß das West-Ost-Verhältnis nicht auf verteidigungs- und rüstungskontrollpolitische Fragen verkürzt werden darf. Nur eine Politik auf breiter Grundlage kann die West-Ost-Beziehungen ver-

bessern. Dazu gehört die Zusammenarbeit in politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und humanitären Fragen. Besondere Erwähnung finden im Schlußkommuniqué die im Rahmen der KSZE in Helsinki und Madrid eingegangenen Verpflichtungen.

Die im **KSZE-Prozeß** liegenden Möglichkeiten müssen ausgeschöpft werden. Das gilt vor allem für die Bereiche der Zusammenarbeit in Korb II, der große dynamische Kräfte enthält. Alle Veranstaltungen im Rahmen des KSZE-Prozesses sollten genutzt werden. Das gilt für die Konferenz über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Stockholm, für das Menschenrechtstreffen in Ottawa, für das Kulturforum in Budapest, das Treffen über menschliche Kontakte in Bern und das nächste KSZE-Folgetreffen in Wien. Hier sind Beiträge der Europäer im Bewußtsein ihrer kulturellen Identität, ihrer komplementären wirtschaftlichen Interessen, der ihrer gemeinsamen Umwelt drohenden Gefahren und der menschlichen Anliegen dringend gefordert.

Herr Präsident, die **Rüstungszusammenarbeit** spielt in der Sicherheitspolitik eine wachsende Rolle. Steigende Kosten der modernen Rüstungstechnologie einerseits, die Beschränkung der Mittel andererseits schaffen große Probleme. Die Verteidigung Westeuropas kann ohne eigene wettbewerbsfähige industrielle Basis nicht sichergestellt werden. Gleichzeitig erweist sich: Militärische Forschungen befruchten in mannigfaltiger Weise auch die zivile Hochtechnologie.

Auf Grund dieser Lagebeurteilung haben die Minister in Bonn eine sorgfältige Analyse der politischen Rahmenbedingen der Rüstungskooperation in Auftrag gegeben. Eine Harmonisierung nationaler und sektoraler Interessen in einem gemeinsamen politischen Rahmen kann die Kooperation in einzelnen Rüstungsbereichen erheblich erleichtern. Die Minister beschlossen, in diesem Bereich die notwendigen Impulse für eine verbesserte Zusammenarbeit im Bündnis zu geben.

Schließlich befaßten sich die Minister mit den in Rom erteilten Aufträgen zur Anpassung der Westeuropäischen Union an die neuen Aufgaben. Sie beschlossen die Reorganisation von Rüstungskontrollamt und Ständigem Rüstungsausschuß. Der vom Ministerrat gebilligte Bericht liegt der Versammlung vor.

Unter der gemeinsamen Bezeichnung „Agenturen für Sicherheitsfragen“ wurden drei neue Einheiten geschaffen:

Eine Agentur zur Untersuchung von Rüstungskontroll- und Abrüstungsfragen,

eine Agentur zur Untersuchung von Sicherheits- und Verteidigungsfragen,

eine Agentur zur Entwicklung der Zusammenarbeit im Rüstungsbereich.

Diese Agenturen werden die Minister bei ihren zukünftigen Aufgaben durch Studien und Analysen unterstützen. Die Umorganisation wird unverzüg-

lich in Angriff genommen, damit die Agenturen bald voll funktionstüchtig sein werden.

Schließlich wählten die Minister den Belgier Alfred Cahen zum neuen Generalsekretär. Er wird in Kürze die Nachfolge des jetzigen Generalsekretärs Longerstaey antreten. Herr Cahen bringt auf Grund seiner langjährigen Erfahrung alle Voraussetzungen mit, um die notwendige politische Rolle in der neuen WEU zu spielen.

Ich möchte an dieser Stelle nicht versäumen, auch vor den Mitgliedern der Versammlung ein Wort des Dankes an den scheidenden Generalsekretär zu richten. Generalsekretär Longerstaey hat über viele Jahre dieses verantwortungsvolle Amt mit Umsicht, Engagement und Können ausgeübt. Auch im Namen meiner Kollegen im Ministerrat danke ich ihm herzlich für dieses Wirken für die europäische Sache und wünsche ihm für die Zukunft alles Gute. (Beifall)

Dem gewählten Nachfolger Alfred Cahen wünschen wir ein erfolgreiches Wirken zum Wohle unserer Organisation.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, der Ihnen vorliegende Jahresbericht des Rates an die Versammlung über das Kalenderjahr 1984 spiegelt die Schwerpunkte der Tätigkeit des Rates wider. Fragen der Sicherheit und Verteidigung, der Abrüstung und Rüstungskontrolle sowie der Rüstungszusammenarbeit stehen dabei im Vordergrund.

Der Bericht enthält auch einen eindrucksvollen Abschnitt über die **Beziehungen zwischen Rat und Versammlung**. Er belegt, wie sehr sich Zusammenarbeit und Dialog zwischen Rat und Versammlung in der letzten Zeit verbessert haben. Als Ratsvorsitzender habe ich bereits zum vierten Male Gelegenheit, vor diesem Hohen Hause zu sprechen.

Seit der Sitzung des Ministerrats in Rom im vergangenen Oktober konnte eine Reihe von Vorschlägen zur weiteren Verbesserung der Kontakte zwischen Rat und Versammlung verwirklicht werden. Der Rat hat ein besseres und schnelleres Verfahren für die Beantwortung schriftlicher Empfehlungen und Fragen der Versammlung beschlossen. Die informellen Kontakte mit der Versammlung konnten durch wiederholte informelle Begegnungen mit dem Präsidium der Versammlung unter Vorsitz von Präsident Caro verstärkt werden. Diese neue Praxis hat sich bewährt.

Die Versammlung selbst hat einen besonderen Ausschuß für die Beziehungen mit dem Rat eingesetzt. Sie hat damit ihrerseits einen wesentlichen Beitrag zur Intensivierung der notwendigen Kontakte mit dem Rat geleistet.

Die Bundesregierung ist der Auffassung, daß dieser fruchtbare Dialog nicht nur im Rahmen der Sitzungen der WEU-Versammlung, sondern auch in den nationalen Parlamenten der sieben Mitgliedstaaten geführt werden sollte. In diesem Sinne habe ich am 8. November 1984 im Deutschen Bundestag eine Regierungserklärung über das Sondertreffen der Westeuropäischen Union in Rom abgegeben. Die

Bundesregierung erstattet dem Bundestag halbjährlich Bericht über die Aktivitäten der WEU und ihrer Organe, und sie unterrichtet laufend den Auswärtigen Ausschuß des Bundestages.

Durch die nunmehr entwickelte breite Palette der Dialogformen zwischen Rat und Versammlung wird die Verantwortung beider Organe für die sicherheitspolitische Zusammenarbeit der Sieben unterstrichen. Der Versammlung obliegt im Hinblick auf die demokratische Legitimierung unserer Bemühungen eine hohe Verpflichtung. Sie repräsentiert — auf internationaler Ebene — ein Stück praktizierte Demokratie in Fragen der Sicherheitspolitik.

An dieser Stelle möchte ich Ihnen, Herr Präsident Caro, aber auch Ihnen allen meine Anerkennung und meinen Dank für die Zusammenarbeit im vergangenen Jahr aussprechen. Die Versammlung hat in allen Phasen der Belebung der Westeuropäischen Union wichtige Impulse gegeben. Sie hat entscheidenden Anteil an dem erzielten Erfolg. Gleichzeitig beglückwünsche ich Herrn Caro zu seiner Wiederwahl als Präsident der WEU-Versammlung. Im Namen des Rates wünsche ich ihm weiteres erfolgreiches Wirken in diesem hohen Amt.

Meine Kollegen, innerhalb eines guten Jahres ist es gelungen, der Westeuropäischen Union ein neues Gesicht zu geben. Dennoch stehen wir erst am Anfang des Weges. Auf lange Sicht werden wir nur erfolgreich sein, wenn wir zusammen, d. h. Rat und Versammlung, unsere Anstrengungen zielstrebig fortsetzen. Besonders wichtig erscheinen mir dabei folgende Punkte:

Der Ministerrat muß sich mutig allen aktuellen sicherheitspolitischen Problemen der Gegenwart stellen, wie er das erfolgreich in Bonn getan hat. In der Zukunft müssen unsere Standpunkte zu sicherheitspolitischen Fragen nicht nur koordiniert werden; wir müssen vielmehr gemeinsam europäische Positionen erarbeiten.

Der Ständige Rat in London muß in die ihm zukommende neue Rolle hineinwachsen. Er verantwortet die Vorbereitungen der Tagungen des Ministerrats. Er ist Rückkopplungsorgan zu den nationalen Hauptstädten. Er leistet die praktische Arbeit zwischen den Sitzungen der Minister.

Der Rat braucht die Unterstützung der neuen Agenturen für Sicherheitsfragen. Die sieben Mitgliedsstaaten müssen daher die beschlossene Reorganisation der Pariser Agenturen schnellstmöglich verwirklichen. Für diese Agenturen brauchen wir qualifizierte Fachkräfte, die die notwendigen Studien und Vorlagen zu konkreten Sicherheitsfragen rasch und gründlich erstellen können.

— Der Rat braucht ein starkes Generalsekretariat. Wir erwarten baldige Vorschläge des neuen Generalsekretärs, wie — im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten — die nötige Straffung herbeigeführt und die Effizienz gesteigert werden kann.

— Der Ständige Rat wird künftig nicht immer in der Lage sein, die komplizierten Beratungen al-

lein, d. h. ohne Experten aus den nationalen Administrationen, durchzuführen. Er braucht das Fachwissen der Hauptstädte. Doch dafür benötigen wir keine neuen Gremien, der Rat muß vielmehr von Fall zu Fall auf Experten aus den Hauptstädten zurückgreifen.

— Die formellen und informellen Kontakte zwischen dem Rat und der Versammlung konnten bereits deutlich verbessert werden. Dennoch reichen diese Kontakte noch nicht aus. Das hat die Versammlung auch zu Recht in dem jetzt vorliegenden Bericht „Neue Perspektiven für die WEU“ festgestellt.

— Mit der Anpassung der Organe der WEU an die neuen Aufgaben und der Einrichtung eines Komitees für die Beziehung zum Rat durch die Versammlung sind die Voraussetzungen für einen fruchtbaren Dialog geschaffen. Rat und Versammlung sollten auch künftig alle Möglichkeiten zu konstruktiver Zusammenarbeit ausschöpfen. Die WEU wird künftig nur dann erfolgreich arbeiten, wenn Rat und Versammlung eng zusammenwirken.

Wir müssen uns langfristig die Frage vorlegen, ob die Effizienz der WEU nicht durch eine Zusammenlegung der verschiedenen Organe in einer Hauptstadt verbessert werden könnte.

Es handelt sich dabei um eine schwierige und delicate Frage, für die es — dafür gibt es auch andere Beispiele — keine Patentlösung gibt. Aber ich meine, diese Frage darf in einer aktiven WEU kein Tabu sein. Wir sollten über sie zu gegebener Zeit nachdenken.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, die WEU hat lange Zeit abseits der öffentlichen Aufmerksamkeit gearbeitet. In ihrer Bedeutung für Europa für die vertragliche Bindung zur Atlantischen Allianz hat sie gleichwohl eine wichtige Aufgabe erfüllt. Mit der Belebung im vergangenen Jahr haben wir die Westeuropäische Union den neuen politischen Entwicklungen angepaßt. Nach dem Bonner Ministertreffen, nach den dort erzielten Ergebnissen stelle ich fest: Es hat sich gelohnt, die WEU zu beleben. Die „neue“ WEU hat ihre erste Probe bestanden. Vierzehn europäische Außen- und Verteidigungsminister haben sich in Bonn vertrauensvoll über die aktuellen Fragen unserer Sicherheit ausgesprochen und ihre Positionen aufeinander abgestimmt. Wir sind damit im europäischen Einigungsprozeß einen Schritt vorangekommen. Wir haben einen qualitativen Beitrag zur Zusammenarbeit im Atlantischen Bündnis geleistet. Der erreichte Erfolg, Herr Präsident, ist eine Verpflichtung für unsere künftige Arbeit.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, erlauben Sie mir, eine persönliche Bemerkung hinzuzufügen. Ungeachtet der Tatsache, daß der deutsche Vorsitz im Rat zu Ende geht, möchte ich Ihnen, meine Kollegen, sagen, daß ich auf dem Weg, den ich als Vorsitzender des Rates beschritten habe, weiterschreiten möchte und daß ich meine Kraft dafür einsetzen möchte, daß unsere Westeuropäi-

sche Union die gewünschten Ziele erreicht, und daß wir sie gemeinsam erreichen, Sie, die Versammlung, und wir, der Rat. — Danke schön.

Freiherr Dr. Spies von Büllesheim (CDU/CSU): Herr Vorsitzender des Ministerrates, meine Fragen liegen Ihnen schriftlich vor. Ich möchte sie deswegen in einer Kurzfassung stellen.

Meine erste Frage läuft darauf hinaus, wie der Ministerrat dazu stehen würde, daß der **Generalsekretär der WEU** nicht nur für das Sekretariat als solches, sondern auch für diese Versammlung zuständig sein sollte, etwa in der Art der Stellung eines Generalsekretärs des Europarates.

Die zweite Frage geht dahin, welche Möglichkeiten Sie, Herr Vorsitzender, sehen, die Anwesenheitsrate der Regierungsmitglieder der Mitgliedstaaten in dieser Versammlung zu erhöhen und ob Sie selbst, der Sie erfreulicherweise als Vorsitzender sehr oft hier in unserer Versammlung gesprochen haben, daraus die Konsequenz eines vermehrten Interesses und die Konsequenz ziehen werden, auch als Nichtvorsitzender hier gelegentlich zu erscheinen.

Bundesminister Genscher: Herr Abgeordneter, wenn die Versammlung den Wunsch zum Ausdruck bringt, daß die Zuständigkeiten und die Verantwortlichkeiten des Generalsekretärs in dem von Ihnen gewünschten Sinne erweitert werden, werde ich mich im Kreis meiner Ministerkollegen dafür einsetzen, diesem Vorschlag zu folgen. (Beifall)

Was meine Anwesenheit in Zukunft angeht, so möchte ich Ihnen soviel versprechen, daß ich öfter hier sein werde als in der Zeit, bevor ich den Vorsitz übernahm. (Heiterkeit)

Was die Anwesenheit meiner Kollegen angeht, so möchte ich Ihnen einen Rat geben, den sie bei Goethe, Faust, Vorspiel auf dem Theater, nachlesen können. Da sagt der Theaterdirektor, gerichtet an die Schauspieler — ich will Sie nicht vergleichen; das ist ein symbolischer Vergleich —: „Laßt nur recht viel geschehen!“ Das ist also der Rat auch für Sie. Dann kommen auch die Minister.

Frau Kelly (DIE GRÜNEN): Ich habe zwei Fragen. Die erste Frage bezieht sich auf das Thema **SDI**, das wir hier zu diskutieren nicht geschafft haben. Herr Genscher, Sie haben vor einigen Tagen erklärt, daß das SDI-Vorhaben mit Entspannungspolitik nicht so sehr vereinbar sei. Inzwischen hat das Londoner Institut für Strategische Studien die SDI-Pläne der Reagan-Administration als vorwiegend negativ und destabilisierend eingestuft. Wie schätzen Sie die Gefahr eines atomaren Erstschlages ein, wenn eine Seite über eine Abwehrfähigkeit verfügt, die die andere Seite nicht besitzt?

Die zweite Frage ist die: Ich habe das Gefühl, Herr Genscher, daß **Europäisierung der Sicherheitspolitik** eher eine alte Politik in europäisiertem Gewande ist: Nachrüstung, Aufrüstung, Rüstungskontrolle, Rüstungskoooperation. Ich frage mich, wie es

im Ministerrat aussieht, wenn das Rüstungskontrollamt der WEU es bis jetzt nicht geschafft hat, die vorgeschriebene Kontrolle der britischen und französischen Atomwaffen vorzunehmen. Seit Oktober 1954 haben sich die britischen und französischen Atomwaffen, wie Sie wissen, vervielfacht. Doch es war eigentlich völlig vertragswidrig, so meine ich, daß es keine einzige Abstimmung darüber im WEU-Rat gegeben hat. Es macht mir Sorgen, daß wir von Wiederbelebung der WEU sprechen und die originären Aufgaben der WEU bis jetzt noch gar nicht erfüllt worden sind.

Für mich ist es auch lächerlich, daß es im bisherigen Amt für Rüstungskontrolle 52 Personen gibt und davon nur 15 Personen sich um die gesamten Verifikationsaufgaben gekümmert haben, und das bei 2,5 Millionen Soldaten, der gesamten Rüstungsindustrie von sieben Ländern und den Haushaltsplänen von sieben Mitgliedstaaten. Wie kann man das mit 15 Personen eigentlich gewährleisten?

Bundesminister Genscher: Frau Kollegin, daß wir die gemeinsame Absicht haben, die Arbeit effektiver zu gestalten, bezieht sich natürlich auch auf diese Einrichtung der Westeuropäischen Union. Ich denke, daß wir hier bei den Bemühungen um größere Effektivität Fortschritte erzielen werden.

Was Sie mit der ersten Frage als meine Erklärung unterstellt haben, ist nicht zutreffend. Ich muß das der Ordnung halber klarstellen. In der von Ihnen in Bezug genommenen Erklärung habe ich mich geäußert zur Frage der Vereinbarkeit der Entspannungspolitik mit einem Rüstungswettlauf im Weltall, nicht mit dem SDI-Programm, sondern mit einem Rüstungswettlauf im Weltall! Ich habe dabei daran erinnert, daß die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion sich in der Erklärung vom 8. Januar 1985 nicht nur auf die Eröffnung von Verhandlungen, auf die Festlegung eines Termins und auf die Bekanntgabe der Themen für diese Verhandlungen verständigt haben, sondern daß die Vereinigten Staaten von Amerika und die Sowjetunion sich auf Verhandlungsziele verständigt haben. Eines dieser Verhandlungsziele lautet: einen Rüstungswettlauf im Weltraum zu verhindern und ihn auf Erden zu beenden, ihn im Weltraum zu verhindern — wenn man etwas verhindern will, gibt es das noch nicht — und ihn auf Erden zu beenden.

Dann hat man sich darüber verständigt, daß man die strategische Stabilität festigen will. Das heißt, es ist in dieser Erklärung vom 8. Januar 1985 die Verpflichtung übernommen worden — ich habe das auch in meiner Rede soeben aufgeführt —, Ergebnisse im Bereich der Defensivwaffen in kooperative Lösungen einmünden zu lassen. Das ist exakt die Absage an ein Streben nach Überlegenheit, weil ein Streben nach Überlegenheit in Verbindung von Offensiv- und Defensivwaffen in der Tat eine destabilisierende Wirkung hätte.

Ich glaube, daß Sie vor dem Hintergrund gerade Ihrer Frage und dem Hinweis auf die Erklärung vom 8. Januar gut feststellen können, daß diese Erklärung vom 8. Januar 1985 ein bedeutsames politi-

sches Dokument ist, wie ich es eben in der Rede gesagt habe, weil es eine Verständigung, eine Einigung, eine Verpflichtung der beiden Großmächte enthält, bestimmte Ziele bei ihren Verhandlungen zu erreichen. Das hat es bisher bei der Aufnahme von Abrüstungsverhandlungen in dieser Form nie gegeben. Da hat man normalerweise nur gesagt: Wir wollen dann und dann dort und dort über das und das verhandeln. Diesmal hat man qualitative Ziele genannt.

Ich glaube, daß wir alle Anlaß haben, es zu begrüßen, daß die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion sich verständigt haben, daß sie die strategische Stabilität festigen wollen, und zwar auf einem niedrigeren Niveau festigen wollen, und daß sie einen Rüstungswettlauf im Weltall verhindern und auf Erden beenden wollen. Das ist eine Zielsetzung, die wir Europäer nur unterstützen können und die exakt die Gefahren zu vermeiden sucht, die Sie aufgezeigt haben, nämlich daß durch Überlegenheit Destabilisierung erfolgt.

Dr. Enders (SPD): Herr Minister, darf ich Sie auch noch um eine kurze Stellungnahme zu einem Problem bitten, das im militärischen Bereich liegt und das vor kurzem in der Bundesrepublik im Vordergrund der Diskussionen stand. Ich meine das **elektronische Erkennungssystem für militärische Flugobjekte**. Dem Bundesminister der Verteidigung wurde vorgeworfen, daß er gegenüber den Interessen aus den Vereinigten Staaten — aus Politik, Militär und Wirtschaft — allzu nachgiebig gewesen sei und daß er nicht genügend das System, das in der Bundesrepublik entwickelt wurde, vertreten habe, von dem die Fachleute sagen, daß es besser sei als das amerikanische. Befürchten Sie nun nicht auch, Herr Minister, daß dadurch nicht allein bundesrepublikanische, sondern auch europäische Interessen vernachlässigt werden, und wie beurteilen Sie dies in Ihrer Stellungnahme zu den neuen Technologien, die Sie soeben vorgetragen haben?

Bundesminister Genscher: Herr Abgeordneter, ich glaube, daß der Bundesminister der Verteidigung zu Unrecht kritisiert wurde. Nicht der Bundesminister der Verteidigung war zu nachgiebig, sondern Europa war in dieser Frage zu uneinig. Wenn nämlich alle Europäer sich für das auch nach meiner Überzeugung bessere deutsche System entschieden hätten, wäre unser Gewicht in den Verhandlungen mit dem Amerikanern größer gewesen. Deshalb, glaube ich, können wir aus diesem Projekt lernen, wie wichtig es ist, daß wir uns gemeinsam koordinieren. Wenn es ein gemeinsames Projekt wäre, hätten auch die Europäer einiger gehandelt. Das ist die erste Lehre.

Die zweite Lehre ist die: Es lohnt sich, einmal die Erfahrungen in der Rüstungszusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten anzusehen. Dann wird einem sofort klar, warum die Bundesregierung in bezug auf SDI sehr deutliche Konditionen nennt, die erfüllt sein müssen, wenn die Voraussetzung der Gleichberechtigung und der Zweibahnstraße erreicht werden soll.

Tagesordnungspunkt:

Die Lage im Libanon

(Drucksache 1025)

Berichterstatter: Abg. Martino (Italien)

Empfehlung 422

betr. die Lage im Libanon

Die Versammlung

ist tief erschüttert über die Lage im Libanon, die durch innere Feindseligkeiten sowie Tod, Blutvergießen und Völkermord gekennzeichnet ist;

empfiehlt dem Rat,

1. seinen amtierenden Präsidenten und alle Mitgliedsregierungen aufzufordern, alle ihnen zur Verfügung stehenden Mittel zu nutzen, um durch unmittelbares Handeln sowie durch Mitwirkung in internationalen Organisationen, die einen friedensfördernden Einfluß ausüben können, einen Beitrag zur Wiederherstellung des Friedens zu leisten;
2. seinen amtierenden Präsidenten zu beauftragen, einen feierlichen Appell an die libanesische Regierung, alle beteiligten Gruppierungen des Landes und die Regierungen der Nachbarstaaten zu richten und die Achtung der Menschenrechte aller Libanesen, ungeachtet ihrer Rasse oder Religionszugehörigkeit, zu fordern;
3. die Vereinten Nationen eindringlich aufzufordern, eine sofortige Untersuchung der Lage im Libanon einzuleiten mit dem Ziel, eine Übergangslösung zu fördern, die die Bevölkerung vor erneuten Massakern schützt;
4. alle Mitgliedsländer der Westeuropäischen Union aufzufordern, sich diesen Maßnahmen anzuschließen.

Donnerstag, 23. Mai 1985

Tagesordnungspunkt:

Revision und Interpretation der Geschäftsordnung

(Drucksache 1020)

Berichterstatter:

Abg. Jessel (Vereinigtes Königreich)

(Thema: Der Ausschuß für die Beziehungen zu den Parlamenten und zur Öffentlichkeit — Definition seiner Aufgaben)

Schulte (Unna) (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrte Kollegin Mrs. Knight! Meine Herren! Ich habe keine Veranlassung, als Vorsitzender des Aus-

schusses für Geschäftsordnungsfragen den sehr umfangreichen, detaillierten, guten Bericht von Mr. Jessel zu ergänzen oder irgend etwas hinzuzufügen. Trotzdem erlaube ich mir darauf hinzuweisen, daß dieses Thema im Ausschuß kritisch und kontrovers diskutiert worden ist. Wir waren alle der Auffassung, daß die **Öffentlichkeitsarbeit für unsere Versammlung**, allerdings auch für die WEU insgesamt, eine sehr bedeutende Rolle hat, insbesondere wenn wir davon ausgehen, daß wir die WEU verstärkt in das Bewußtsein der Öffentlichkeit bringen wollen.

Die Frage war, ob dies ein Ausschuß leisten kann. Ich glaube, hier ist es erlaubt, ein paar kritische Bemerkungen zu machen, insbesondere wenn man nicht nur den Kontakt mit den Mitgliedsparlamenten pflegen, sondern sich auch an die Presse und an die Öffentlichkeit aller Mitgliedsländer wenden will. Hier besteht ein enormes sprachliches Problem. Ich kann z. B. für die Presse in der Bundesrepublik Deutschland sagen, daß sie sich keines Textes annimmt, der nicht in deutscher Sprache vorgelegt wird. Ich könnte mir vorstellen, daß es in Italien und daß es in den Niederlanden genauso sein wird. Über die Texte verfügen wir im allgemeinen nicht. Ich habe also schon die Befürchtung, wenn der Ausschuß in dieser Richtung aktiv zu werden wünscht, daß finanzielle Konsequenzen involviert sind. Dies war auch Veranlassung für das Presidential Committee, darum zu bitten, bevor wir die Änderung der Geschäftsordnung vornehmen, den Namen und damit auch die Aufgaben zu ändern, noch einmal einen Kontakt zum Haushaltsausschuß aufzunehmen. Dazu ist es nun nicht mehr gekommen. Der Ausschuß hat dann mit großer Mehrheit beschlossen, heute zu einer Entscheidung zu kommen. Deshalb liegt Ihnen, verehrte Kolleginnen und Kollegen, jetzt dieser Bericht und diese Empfehlung zur Entscheidung vor.

Ich glaube, es wird darauf ankommen, daß wir den Text richtig lesen. Ich bin ganz sicher, daß meine verehrte Kollegin Mrs. Knight darauf auch achten wird. Es soll heißen: „... make all necessary proposals with a view to bringing the work of the Assembly to the attention of the public and the press in member countries.“ Das Wort „proposals“ ist in diesem Zusammenhang sehr wichtig. Es wird also darauf ankommen, wie diese Änderung der Geschäftsordnung, wenn sie vollzogen wird, in der Praxis gehandhabt wird. — Vielen Dank.

Entschliebung 70

betr. die Änderung von Artikel 42a mit dem Ziel einer Erweiterung der Zuständigkeit des Ausschusses für die Beziehungen zu den Parlamenten

Die Versammlung beschließt,

Artikel 42a der Geschäftsordnung wie folgt zu ändern:

1. Titel

Die Bezeichnung „Ausschuß für die Beziehungen zu den Parlamenten“ ist zu streichen und zu

ersetzen durch „Ausschuß für die Beziehungen zu den Parlamenten und zur Öffentlichkeit“.

2. Absätze 3 und 4

Die Absätze 3 und 4 sind zu streichen und zu ersetzen durch:

„3. Der Ausschuß

- a) wählt unter den von der Versammlung angenommenen Texten diejenigen aus, über die seiner Ansicht nach in den nationalen Parlamenten eine Aussprache stattfinden sollte;
- b) trifft alle notwendigen Vorkehrungen, um die nationalen Parlamente auf die Arbeit der Versammlung aufmerksam zu machen und sie aufzufordern, diese Arbeit durch weitere Maßnahmen zu unterstützen; und
- c) unterbreitet alle notwendigen Vorschläge, um die Öffentlichkeit und die Presse in den Mitgliedsländern auf die Arbeit der Versammlung aufmerksam zu machen.“

3. Absatz 5

Der Satzanfang ist zu streichen und durch folgenden Text zu ersetzen: „In Ausübung seiner Aufgaben gemäß den Absätzen 3 a) und b) kann der Ausschuß ...“

4. Absatz 6

Am Ende dieses Absatzes ist folgendes hinzuzufügen: „...“, der alle Entwürfe von Richtlinien oder Entschliebungen enthält.“

5. Die Absätze sind entsprechend neu zu numerieren.

Tagesordnungspunkt:

Der Stand der europäischen Sicherheit — Bereich Europa Mitte

(Drucksache 1018)

Berichterstatter:

Abg. Miller (Vereinigtes Königreich)

(Themen: Die Stärke der Streitkräfte in Europa Mitte — Warschauer Pakt — NATO)

Empfehlung 423

betr. den Stand der europäischen Sicherheit — Bereich Europa Mitte

Die Versammlung

- (i) stellt fest, daß sich die seit langem im Bereich Europa Mitte bestehende Überlegenheit des Warschauer Paktes in bezug auf Soldaten, Panzer, Geschütze und Flugzeuge nicht verringert hat;
- (ii) ist sich jedoch bewußt, daß die NATO-Streitkräfte, die immer noch über gewisse qualitative

Vorteile in bezug auf Ausbildung und Ausrüstung verfügen, aufgrund der verbesserten Verteidigungsanstrengungen der meisten NATO-Länder in den vergangenen fünf Jahren nun in verstärktem Maße modernes Gerät erhalten;

- (iii) betont, daß die europäischen Länder ca. 80 bis 90 % der in Europa stationierten einsatzbereiten Streitkräfte und des dort dislozierten Geräts stellen;
- (iv) begrüßt, daß ein bedeutender Beitrag zur alliierten Verteidigung von den französischen, in der Bundesrepublik Deutschland und in Frankreich stationierten konventionellen Streitkräften geleistet wird, die im Falle von Feindseligkeiten durch eine Entscheidung des französischen Staatspräsidenten der Einsatzkontrolle der NATO-Befehlshaber unterstellt werden könnten;
- (v) nimmt zur Kenntnis, daß im März 1986 mit einem Referendum über die Fortdauer der spanischen Mitgliedschaft in der NATO gerechnet wird;
- (vi) erkennt, daß die Stationierung von über 400 000 Mann starken alliierten Truppen auf dem Territorium der Bundesrepublik Deutschland eine beträchtliche soziale Belastung darstellt, die dieses Land im Interesse der alliierten Verteidigung trägt;
- (vii) erinnert daran, daß die Wirksamkeit der alliierten Verteidigungsanstrengungen durch Stan-

dardisierung und Interoperabilität von Gerät ohne zusätzliche Kosten in beträchtlichem Maße weiter verbessert werden kann und daß die logistischen Einrichtungen noch verbesserungsbedürftig sind;

empfiehlt dem Rat,

sich im Nordatlantikrat dringend dafür einzusetzen,

1. daß erneute Anstrengungen zur Schaffung einer echten europäischen Verteidigungsindustrie unternommen werden, mit dem Ziel, die Standardisierung und Interoperabilität zu verbessern;
2. daß alle Möglichkeiten zur Verlegung von in der Bundesrepublik Deutschland stationierten Streitkräften genutzt werden, um die derzeitige unbefriedigende Dislozierung zu verbessern;
3. daß in dem von der NATO veröffentlichten Kräftevergleich die französischen und zu gegebener Zeit auch die spanischen Streitkräfte berücksichtigt werden;
4. daß Spanien ersucht wird, SACEUR eine moderne mobile Streitmacht, die zumindest aus einer Division besteht, als frühzeitig zur Verfügung stehende Reserve für den Bereich Europa Mitte zu unterstellen, und daß Spanien aufgefordert wird, den NATO-Jahresfragebogen, wie in allen anderen NATO-Ländern üblich, zu beantworten.

